

NOMOSKOMMENTAR

Simitis | Hornung | Spiecker [Hrsg.]

Datenschutzrecht

DS-GVO/BDSG

2. Auflage



Nomos

NOMOSKOMMENTAR

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Spiros Simitis†

Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.

Prof. Dr. Indra Spiecker genannt Döhmann, LL.M. [Hrsg.]

Datenschutzrecht

DS-GVO/BDSG

2. Auflage

Jan Philipp Albrecht, LL.M., Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin | **Prof. Dr. Franziska Boehm**, FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur/Karlsruher Institut für Technologie, Karlsruhe | **Prof. Dr. Christoph Burchard**, LL.M., Goethe-Universität Frankfurt a.M. | **Prof. Dr. Johannes Caspar**, Universität Hamburg | **Dr. Alexander Dix**, LL.M., ehem. Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit in Berlin und Brandenburg | **Dr. Stefan Drewes**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz, Bonn | **Dr. Eugen Ehmann**, Regierungspräsident von Unterfranken, Würzburg | **Dr. Kai Engelbrecht**, Referatsleiter beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, München | **Dr. h.c. Dipl. Inform. Marit Hansen**, Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein, Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, Kiel | **Prof. Dr. Gerrit Hornung**, LL.M., Universität Kassel | **Dr. Moritz Karg**, Referatsleiter, Staatskanzlei, Landesregierung Schleswig-Holstein, Kiel | **Prof. Dr. Jan Henrik Klement**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg | **Prof. Dr. Thomas Petri**, Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, München | **Dr. Sven Polenz**, LL.M., Referatsleiter beim Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, Kiel | **Prof. Eike Richter**, Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg | **Prof. Dr. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, Wiesbaden | **Dr. Peter Schantz**, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Justiz, Berlin | **Prof. Dr. Stephanie Schiedermaier**, Universität Leipzig | **Dr. Stephan Schindler**, Universität Kassel | **Dr. Christoph Schnabel**, LL.M., Justiziar beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Hamburg | **Dr. Philip Scholz**, Referatsleiter im Bundesministerium der Justiz, Berlin | **Prof. Dr. Achim Seifert**, Universität des Saarlandes, Saarbrücken | **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Spiros Simitis†**, Goethe-Universität Frankfurt am Main | **Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmann**, LL.M., Universität zu Köln | **Dr. Matthias Stief**, Referent beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, München | **Steffen Sundermann**, LL.B., Rechtsanwalt, Berlin | **Prof. Dr. Dr. Markus Thiel**, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster



Nomos

Zitervorschlag: Simitis/Hornung/Spiecker gen. Döhmann/Bearbeiter DS-GVO Art. 1 Rn. 1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8958-0

2. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort 2. Auflage

Fünf Jahre nach der ersten Auflage und sechs Jahre nach Inkrafttreten der DS-GVO lässt sich konstatieren: Der „Simitis“ ist auch für die DS-GVO so erfolgreich, dass inzwischen auch ein englischsprachiger paralleler Großkommentar auf den Weg gebracht ist,¹ an dem viele der Autoren² dieses Kommentars und eine Reihe weiterer großer europäischer Datenschutzrechtler mitgewirkt haben.

Damit lässt sich auch sagen, dass weiterhin eine gewichtige wissenschaftsgetriebene Stimme zu hören ist, die das Datenschutzrecht als einem Garant für Freiheitlichkeit und Autonomie im demokratischen Rechtsstaat im Diskurs positioniert (s. auch das Vorwort zur ersten Auflage). Diese verfassungsrechtlich geprägte Herangehensweise erscheint uns angesichts der vielen interessegeleiteten, wort- und ressourcenmächtigen Positionierungen, aber auch der großen Unkenntnis zu Fragestellungen der Datenverarbeitung und Digitalisierung weiterhin drängend, gerade auch um das weiterhin fortbestehende Defizit in der Vollstreckung – nicht zuletzt aufgrund der ungleich verteilten Ressourcen in der Durchsetzung – rechtlich zu fassen und einzuhegen.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu bemerken, dass am 18. März 2023 Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Spiros Simitis, der Spiritus Rector des Datenschutzrechts, verstorben ist. Ohne ihn gäbe es ein Datenschutzrecht nicht, wie es spätestens seit den 1970er Jahren Deutschland und seit 1995 mit der Datenschutzrichtlinie Europa prägt.³ Die wesentlichen Grundzüge wie die Zweckbindung, das Erfordernis einer Rechtsgrundlage, das Prinzip der Datenminimierung, die Aufsicht durch unabhängige Behörden oder auch Informationspflichten und Einwilligungserfordernisse gehen ganz unmittelbar auf ihn und die Forschung um ihn in den 1960er und 1970er Jahren zurück. Der vorliegende Kommentar greift ganz wesentlich die Ausrichtung und den Stil „des Simitis“ auf, des großen Datenschutzrechts-Kommentars in acht Auflagen (zuletzt 2014). Wir verbleibenden Herausgeber, aber auch unsere Autoren, die ihm persönlich und fachlich eng verbunden sind, blicken in Dankbarkeit und größter Wertschätzung und Respekt auf eine große und großartige Person und fühlen uns seinem Andenken und seinen Anliegen unverändert verbunden.

Die neue, vollständig überarbeitete, ergänzte und erweiterte zweite Auflage integriert die zwischenzeitlichen inhaltlichen Veränderungen und Impulse: Die EU hat eine Vielzahl von Digitalisierungsgesetzen verabschiedet wie etwa den Data Act, den Data Governance Act, den Digital Markets Act, den Digital Services Act oder zuletzt die KI-Verordnung. Damit entsteht ein Daten(wirtschafts)recht, als dessen Eckpfeiler sich das Datenschutzrecht behaupten muss. Der EuGH hat eine Vielzahl an Entscheidungen zur DS-GVO getroffen und in vielen Bereichen zu mehr Präzision beigetragen, weshalb er sich gelegentlich als Datenschutzgericht bezeichnen lassen muss – mehrere Dutzend Entscheidungen seit Inkrafttreten der DS-GVO (Stand Mai 2024) sprechen eine deutliche Sprache. Hinzu kommen eine Vielzahl an nationalstaatlichen Gerichtsentscheidungen, vor allem aber an aufsichtsbehördlichen Maßnahmen und Einschätzungen, die in akuten Streitfällen Position beziehen, aber auch mit Leitlinien und Stellungnahmen grundsätzliche Vorstellungen einbringen.

Die vorliegenden Kommentierungen des bewährten und nur leicht ergänzten Autorenteam greifen die Veränderungen seit der ersten Auflage auf und integrieren auch die Verschränkungen anderer Rechtsgebiete zum Datenschutzrecht. Neu ist nunmehr eine vollständige Kommentierung des BDSG, die sich – anders noch in der integrierenden Kommentierung der Voraufgabe – an die Kommentierung der DS-GVO gesamtseitlich anschließt. Damit kommen wir den Anregungen unserer Leser nach, die sich auch eine Erläuterung der Vorschriften wünschten, die in Umsetzung der JI-RL verabschiedet wurden. Auf zu erwartende Veränderungen des Ersten Änderungsgesetzes

1 Spiecker gen. Döhmman/Papakonstantinou/De Hert/Hornung, GDPR Art-by-Art-Commentary, 2023.

2 Der Kommentar verwendet in dieser Auflage noch durchgehend das generische Maskulinum.

3 Einer von vielen Nachrufen findet sich hier: https://www.jura.uni-frankfurt.de/47000118/Forschungsstelle_Datenschutz/; verwiesen sei ferner auf Spiecker gen. Döhmman/Weiss, Spiros Simitis – Sein Vermächtnis, 2024.

zum BDSG aus dem ersten Halbjahr 2024 wird in den Kommentierungen bereits eingegangen, wo erwartbare Veränderungen anstehen. Angesichts der fortwährenden Dynamik ist es schwierig, einen Referenzpunkt zu bestimmen, dessen Stand die Kommentierungen widerspiegeln; es ist der Beginn der parlamentarischen Sommerpause 2024 geworden.

Unverändert ist dagegen unser Grundkonzept: Weiterhin durchläuft jede Kommentierung unserer Autoren eine intensive wissenschaftliche Diskussion mit zwei Herausgebern. Auch Querverschränkungen mit den Kommentierungen anderer Autoren im Band und potentieller Abstimmungsbedarf mit diesen lässt sich so ganzheitlich identifizieren. Wir sind sehr dankbar, dass unsere Autoren dieses Verfahren aktiv mitgestalten, mittels dessen die hohe Qualität des Kommentars und seine gemeinsame Ausrichtung gesichert werden kann.

Unverändert sind daher auch die Herausforderungen für unsere Teams, die uns und unsere Autoren mit viel Engagement, Genauigkeit und Hintergrundrecherche unterstützen. Bedanken möchte wir uns in besonderer Weise bei den Wissenschaftlichen Mitarbeitern Luisa Lorenz und Paul Zurawski (Kassel) sowie Dr. Sebastian Bretthauer, Andreas Ebert, Julia Esser, Amina Gutjahr, Viktor Limberger, Dirk Müllmann, Berna Orak, Loic Reissner, Maximilian Slowik, Mona Winau, Christina von Wintzingerode (Frankfurt bzw. Köln) und als Hilfskräfte Noel Berhane, Paul Dieler, Gaspar Fink, Marie Ghanem, Emma Herz, Kai Kemmler, Paul Limbach, Julia Mahnken, Ria von Knorre, Bennet Nassabi, Lina Volk (Frankfurt bzw. Köln) sowie Max Frisch, Rosa Jacobi, Leon Krug, Lukas Lippert, Christin Ochse, Mariya Racheva, Corvin Rossek und Maurice Ruhmann (Kassel). Auch weitere Mitarbeiter, die hier nicht genannt werden können, haben uns tatkräftig geholfen. Und ohne die hingebungsvolle Arbeit von Frau Krausnick und ihrem Team und dem Vertrauen ganz besonders von Stefan Simonis im Nomos Verlag wäre vieles nicht und gewiss nicht so möglich gewesen; dafür sind wir dankbar.

Unser besonderes Konzept verlangt von den Herausgebern eine besonders intensive Befassung. Daher hat der Kommentar uns auch bei dieser zweiten Auflage nicht nur in Urlaube, Corona- und sonstige Erkrankungen, Familienfeiern, Abende und Wochenenden begleitet, sondern vor allem auch unsere Familien. Ihr Verständnis und ihre Unterstützung sind nicht selbstverständlich für uns: Danke!

Frankfurt/Kassel/Köln, im September 2024

Prof. Dr. Gerrit Hornung

Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmann

Vorwort

Mit der Datenschutz-Grundverordnung der EU ist ein neues Zeitalter des Datenschutzes eingeläutet worden: Seit dem 25.5.2018 gibt es ein einheitliches europäisches Datenschutzrecht, das die Verarbeitung personenbezogener Daten europaweit regelt. In einem Kraftakt haben Kommission, Parlament und Rat 2016 eine Einigung herbeigeführt, die wesentliche inhaltliche Grundprinzipien des bisherigen Datenschutzrechts unter der EU-Datenschutz-Richtlinie beibehält, wie etwa das Verbotprinzip, die Zweckbindung, die Betroffenenrechte und die Prüfung durch unabhängige Aufsichtsbehörden, gleichzeitig aber in erheblicher Weise bisherige Schwachstellen in der Durchsetzung der materiellen Rechtsstandards bearbeitet, etwa durch Vereinheitlichung der aufsichtsbehördlichen Praxis (Kohärenzverfahren/One-Stop-Shop), Datenschutz-Folgenabschätzung und strengere Sanktionen bei Fehlverhalten. Vor allem aber gilt nunmehr durch das gewählte Instrument der Verordnung im Kern ein einheitliches, unmittelbar anwendbares europäisches Recht statt eines vielfach kritisierten und zur Umgehung regelrecht anregenden, historisch bedingten Dickichts an nationalstaatlichen Umsetzungen der inhaltlich überkommenen Datenschutz-Richtlinie von 1995.

Die Einflüsse der DS-GVO reichen über Europa deutlich hinaus: Das neue Marktortprinzip des Art. 3 Abs. 2 und ein – im Sinne der Rechtsprechung des EuGH – erweiterter Verarbeitungsbegriff in Art. 4 Nr. 2 verpflichten nun in erheblichem größerem Umfang auch international agierende Informationsdienstleister aller Art, ihre Verarbeitungsprozesse an die europäischen Standards anzupassen und künftig dazu beizutragen, dass Persönlichkeitsrechte, Privatheit im europäischen Sinne und informationelle Freiheitlichkeit gewahrt bleiben können, ein Recht des Stärkeren zurück gedrängt wird und ein level-playing field im europäischen Rechtsraum entstehen kann.

Die Ausstrahlungswirkung der DS-GVO lässt sich bereits jetzt ablesen: Zahlreiche Staaten weltweit haben sich in den letzten Monaten ein neues, zum Teil auch erstmalig überhaupt ein Datenschutzrecht gegeben, das sich häufig an die Vorschriften der DS-GVO anlehnt.¹ Dabei ist angesichts der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe, die das europäische Gesetzeswerk enthält, und der vielen Öffnungsklauseln in zahlreichen Bereichen noch nicht ausgemacht, in welche konkrete Richtung sich die Auslegung und damit auch die Rechtsgestaltung der Adressaten entwickeln wird. Dies betrifft vor allem die Konkretisierung der Abwägungsentscheidungen zwischen den Rechten des Verantwortlichen oder eines Dritten und den Rechten der Betroffenen nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f. Diese Norm wird – neben der Einwilligung – künftig die Rechtmäßigkeit des Datenumgangs im privaten Bereich wesentlich bestimmen, während im öffentlichen Bereich zahlreiche Öffnungsklauseln zumindest für die Ausgestaltung der Rechtfertigung auf mitgliedstaatliches Recht verweisen. Das neu geschaffene Gremium, der Europäische Datenschutzausschuss, wird im Rahmen seiner Entscheidungen im Kohärenzverfahren erst im Laufe der nächsten Jahre wesentliche Impulse zur Operationalisierung setzen; der EuGH wird nach ohnehin bereits reger Tätigkeit im Datenschutzrecht auch künftig eine wichtige Rolle zur Bestimmung der rechtlichen Grenzen und Möglichkeiten der Datenverarbeiter sowie der Mitgliedstaaten im Gebrauch der Öffnungsklauseln einnehmen.

Die vorliegende Kommentierung der DS-GVO analysiert diese spannende Mischung aus fortgeltenden Traditionslinien und innovativen Instrumenten aus einem spezifischen Blickwinkel. Sie nimmt die Herangehensweise und Ausrichtung auf, die den über mehr als 35 Jahre von *Spiros Simitis* zum Bundesdatenschutzgesetz herausgegebenen Kommentar geprägt hat: Das Datenschutzrecht ist ein nicht hinweg zu denkender Garant für Freiheitlichkeit im demokratischen Rechtsstaat. An diesem in Art. 7 und Art. 8 GRCh primärrechtlich verankerten Leitgedanken, wie ihn etwa auch Art. 1 DS-GVO formuliert, werden Auslegung, Systematisierung und Strukturierung der einzelnen Normen immer wieder ausgerichtet; diese verfassungsrechtliche Prägung

1 Siehe zu den Datenschutzgesetzen auch im internationalen Bereich zT mit Einführungen in die Rechtslage *Spiecker gen. Döhmann/Bretthauer*, Dokumentation zum Datenschutz, 69. Auflage 2018.

durchzieht die einzelnen Kommentierungen und eint alle Beitragenden. Von Anfang an haben Herausgeber und Autorinnen und Autoren auf dieser verbindenden Basis immer wieder eigene Auffassungen und Erfahrungen miteinander abgeglichen.

Diesem Geist entspricht, dass die Mehrzahl der Autoren und Autorinnen des BDSG-Kommentars auch in diesem Kommentar mitwirken und dass sie alle mit dem Datenschutzrecht seit vielen Jahren in einer intensiven Verbindung in theoretischer, institutioneller und praktischer Weise stehen. Das Ergebnis ist ein Werk, das die einzelnen Vorschriften der DS-GVO intensiv beleuchtet, in enger Anlehnung an den Wortlaut, die Systematik und die Zielrichtung erläutert und dem Nutzer die Bezüge zwischen Recht und Technik konsequent vor Augen führt. Das Werk richtet sich an den Praktiker ebenso wie an den Wissenschaftler; es stellt Argumentationslinien ebenso wie konkrete Beispiele vor und ermöglicht auf dieser Basis die Entwicklung eigenständiger Beurteilungen in diesem hochdynamischen Feld. Nicht aus dem Blick verloren werden dabei sowohl die parallel verabschiedete JI-Richtlinie für den öffentlichen Bereich sowie vor allem die begleitenden Vorschriften des neuen BDSG, die sich auf Öffnungsklauseln der DS-GVO stützen. Sie werden jeweils in Verbindung mit der modifizierenden Norm der DS-GVO kommentiert. Angesichts der noch nicht erfolgten Überarbeitung der ePrivacy-Richtlinie hin zu einer ePrivacy-Verordnung werden die Besonderheiten der Online-Datenverarbeitung unter dem jetzt geltenden Rechtsregime kommentiert.

Ein solches Werk wäre ohne das produktive Zusammenwirken vieler Personen nicht möglich. Unser Dank geht zunächst an den Nomos Verlag, insbesondere an Gisela Krausnick, die uns vertrauensvoll begleitet hat. Er gilt ferner unseren Autorinnen und Autoren, die sich auf die intensiven Diskussionen, vielen Überlegungen und Hinweise eingelassen haben. Welche Zumutungen das zum Teil bedeutet hat, ist uns bewusst, hat aber das Werk auch erst zu dem gemacht, was es jetzt ist. Zudem haben an der Recherche und den Formalia viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider beteiligter Lehrstühle an den Universitäten Frankfurt aM und Kassel mitgewirkt, wofür wir uns herzlich bedanken. Besonders nennen möchten wir als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Katharina Wentland, Dr. Julian Wagner, Bernd Wagner, Jana Schneider, Stephan Schindler, Dirk Müllmann, Helmut Lurtz, Kai Hofmann, Constantin Herfurth, Dr. Olga Grigorjew, Thilo Goeble, Wiebke Fröhlich, Malte Feldmann, Dr. Sebastian Bretthauer, Anja Benner-Tischler, Alexander Benecke sowie als studentische Hilfskräfte Mona Winau, Loic Reissner, Stefanie Modjesch, Viktor Limberger, Laura Gerber, Friederike Engel und Anne Borell. Und schließlich danken wir den Familien Hornung und Spiecker genannt Döhmann, die immer wieder die Aufmerksamkeit der Herausgeber mit dem Kommentar teilen mussten.

Frankfurt/Kassel, im Oktober 2018

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Spiros Simitis

Prof. Dr. Gerrit Hornung

Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 2. Auflage	5
Vorwort	7
Bearbeiterverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	21
Allgemeines Literaturverzeichnis	31
Einleitung	35

**Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom
27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung
personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung
der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)**

**Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 1	Gegenstand und Ziele	162
Artikel 2	Sachlicher Anwendungsbereich	180
Artikel 3	Räumlicher Anwendungsbereich	197
Artikel 4		
Nr. 1	Begriffsbestimmung „Personenbezogenes Datum“	223
Nr. 2	Begriffsbestimmung „Verarbeitung“	248
Nr. 3	Begriffsbestimmung „Einschränkung der Verarbeitung“	257
Nr. 4	Begriffsbestimmung „Profiling“	259
Nr. 5	Begriffsbestimmung „Pseudonymisierung“	267
Nr. 6	Begriffsbestimmung „Dateisystem“	288
Nr. 7	Begriffsbestimmung „Verantwortlicher“	291
Nr. 8	Begriffsbestimmung „Auftragsverarbeiter“	302
Nr. 9	Begriffsbestimmung „Empfänger“	305
Nr. 10	Begriffsbestimmung „Dritter“	308
Nr. 11	Begriffsbestimmung „Einwilligung“	309
Nr. 12	Begriffsbestimmung „Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten“	310
Nr. 13	Begriffsbestimmung „Genetische Daten“	315
Nr. 14	Begriffsbestimmung „Biometrische Daten“	319
Nr. 15	Begriffsbestimmung „Gesundheitsdaten“	323
Nr. 16	Begriffsbestimmung „Hauptniederlassung“	326
Nr. 17	Begriffsbestimmung „Vertreter“	331
Nr. 18	Begriffsbestimmung „Unternehmen“	333
Nr. 19	Begriffsbestimmung „Unternehmensgruppe“	335
Nr. 20	Begriffsbestimmung „Verbindliche interne Datenschutzvorschriften“	336
Nr. 21	Begriffsbestimmung „Aufsichtsbehörde“	337
Nr. 22	Begriffsbestimmung „Betroffene Aufsichtsbehörde“	338
Nr. 23	Begriffsbestimmung „grenzüberschreitende Verarbeitung“	340
Nr. 24	Begriffsbestimmung „maßgeblicher und begründeter Einspruch“	342
Nr. 25	Begriffsbestimmung „Dienst der Informationsgesellschaft“	345

Begriffsbestimmung „Internationale Organisation“ 352

**Kapitel II
Grundsätze**

Artikel 5 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten 356
Einführung zu Artikel 6 406
Artikel 6 Abs. 1 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung 412
Artikel 6 Abs. 2 Öffnungsklausel 464
Artikel 6 Abs. 3 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung 473
Artikel 6 Abs. 4 Zweckvereinbarkeit 483
Anhang 1 zu Artikel 6 Videoüberwachung 498
Anhang 2 zu Artikel 6 (unbesetzt) 554
Anhang 3 zu Artikel 6 Datenverarbeitung für Zwecke der Werbung 554
Anhang 4 zu Artikel 6 Datenverarbeitung für Zwecke der Markt- und
Meinungsforschung 573
Artikel 7 Bedingungen für die Einwilligung 584
Artikel 8 Bedingungen für die Einwilligung eines Kindes in Bezug auf Dienste der
Informationsgesellschaft 635
Artikel 9 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten 650
Artikel 10 Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche
Verurteilungen und Straftaten 680
Artikel 11 Verarbeitung, für die eine Identifizierung der betroffenen Person nicht
erforderlich ist 689

**Kapitel III
Rechte der betroffenen Person**

**Abschnitt 1
Transparenz und Modalitäten**

Artikel 12 Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung
der Rechte der betroffenen Person 706

**Abschnitt 2
Informationspflicht und Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten**

Artikel 13 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der
betroffenen Person 732
Artikel 14 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der
betroffenen Person erhoben wurden 751
Artikel 15 Auskunftsrecht der betroffenen Person 767

**Abschnitt 3
Berichtigung und Löschung**

Artikel 16 Recht auf Berichtigung 796
Artikel 17 Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) 805
Artikel 18 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung 836
Artikel 19 Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung
personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung 843

Artikel 20	Recht auf Datenübertragbarkeit	849
Abschnitt 4		
Widerspruchsrecht und automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall		
Artikel 21	Widerspruchsrecht	862
Artikel 22	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	876
Abschnitt 5		
Beschränkungen		
Artikel 23	Beschränkungen	913
Kapitel IV		
Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter		
Abschnitt 1		
Allgemeine Pflichten		
Artikel 24	Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen	938
Artikel 25	Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen	948
Artikel 26	Gemeinsam Verantwortliche	983
Artikel 27	Vertreter von nicht in der Union niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern	999
Artikel 28	Auftragsverarbeiter	1010
Artikel 29	Verarbeitung unter der Aufsicht des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters	1037
Artikel 30	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	1042
Artikel 31	Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde	1055
Abschnitt 2		
Sicherheit personenbezogener Daten		
Artikel 32	Sicherheit der Verarbeitung	1058
Artikel 33	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde	1094
Artikel 34	Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person	1109
Abschnitt 3		
Datenschutz-Folgenabschätzung und vorherige Konsultation		
Artikel 35	Datenschutz-Folgenabschätzung	1118
Artikel 36	Vorherige Konsultation	1150
Abschnitt 4		
Datenschutzbeauftragter		
Artikel 37	Benennung eines Datenschutzbeauftragten	1163
Artikel 38	Stellung des Datenschutzbeauftragten	1184
Artikel 39	Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	1203

**Abschnitt 5
Verhaltensregeln und Zertifizierung**

Artikel 40 Verhaltensregeln	1220
Artikel 41 Überwachung der genehmigten Verhaltensregeln	1246
Artikel 42 Zertifizierung	1256
Artikel 43 Zertifizierungsstellen	1280

**Kapitel V
Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer oder an
internationale Organisationen**

Artikel 44 Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung	1292
Artikel 45 Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses	1305
Artikel 46 Datenübermittlung vorbehaltlich geeigneter Garantien	1331
Artikel 47 Verbindliche interne Datenschutzvorschriften	1356
Artikel 48 Nach dem Unionsrecht nicht zulässige Übermittlung oder Offenlegung	1369
Artikel 49 Ausnahmen für bestimmte Fälle	1373
Artikel 50 Internationale Zusammenarbeit zum Schutz personenbezogener Daten	1393

**Kapitel VI
Unabhängige Aufsichtsbehörden**

**Abschnitt 1
Unabhängigkeit**

Artikel 51 Aufsichtsbehörde	1399
Artikel 52 Unabhängigkeit	1406
Artikel 53 Allgemeine Bedingungen für die Mitglieder der Aufsichtsbehörde	1416
Artikel 54 Errichtung der Aufsichtsbehörde	1420

**Abschnitt 2
Zuständigkeit, Aufgaben und Befugnisse**

Artikel 55 Zuständigkeit	1427
Artikel 56 Zuständigkeit der federführenden Aufsichtsbehörde	1436
Artikel 57 Aufgaben	1445
Artikel 58 Befugnisse	1465
Artikel 59 Tätigkeitsbericht	1492

**Kapitel VII
Zusammenarbeit und Kohärenz**

**Abschnitt 1
Zusammenarbeit**

Artikel 60 Zusammenarbeit zwischen der federführenden Aufsichtsbehörde und den anderen betroffenen Aufsichtsbehörden	1495
Artikel 61 Gegenseitige Amtshilfe	1507
Artikel 62 Gemeinsame Maßnahmen der Aufsichtsbehörden	1514

**Abschnitt 2
Kohärenz**

Artikel 63 Kohärenzverfahren	1519
Artikel 64 Stellungnahme des Ausschusses	1531
Artikel 65 Streitbeilegung durch den Ausschuss	1552
Artikel 66 Dringlichkeitsverfahren	1569
Artikel 67 Informationsaustausch	1577

**Abschnitt 3
Europäischer Datenschutzausschuss**

Artikel 68 Europäischer Datenschutzausschuss	1580
Artikel 69 Unabhängigkeit	1585
Artikel 70 Aufgaben des Ausschusses	1588
Artikel 71 Berichterstattung	1598
Artikel 72 Verfahrensweise	1599
Artikel 73 Vorsitz	1601
Artikel 74 Aufgaben des Vorsitzes	1602
Artikel 75 Sekretariat	1604
Artikel 76 Vertraulichkeit	1606

**Kapitel VIII
Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen**

Artikel 77 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	1608
Artikel 78 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine Aufsichtsbehörde	1615
Artikel 79 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter	1623
Artikel 80 Vertretung von betroffenen Personen	1631
Artikel 81 Aussetzung des Verfahrens	1640
Artikel 82 Haftung und Recht auf Schadenersatz	1649
Artikel 83 Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen	1665
Artikel 84 Sanktionen	1686

**Kapitel IX
Vorschriften für besondere Verarbeitungssituationen**

Artikel 85 Verarbeitung und Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit	1691
Artikel 86 Verarbeitung und Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten	1721
Artikel 87 Verarbeitung der nationalen Kennziffer	1744
Artikel 88 Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext	1758
Artikel 89 Garantien und Ausnahmen in Bezug auf die Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	1785
Artikel 90 Geheimhaltungspflichten	1802
Artikel 91 Bestehende Datenschutzvorschriften von Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften	1810

Kapitel X
Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte

Artikel 92	Ausübung der Befugnisübertragung	1829
Artikel 93	Ausschussverfahren	1834

Kapitel XI
Schlussbestimmungen

Artikel 94	Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG	1838
Artikel 95	Verhältnis zur Richtlinie 2002/58/EG	1843
Artikel 96	Verhältnis zu bereits geschlossenen Übereinkünften	1851
Artikel 97	Berichte der Kommission	1854
Artikel 98	Überprüfung anderer Rechtsakte der Union zum Datenschutz	1859
Artikel 99	Inkrafttreten und Anwendung	1864

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Teil 1
Gemeinsame Bestimmungen

Kapitel 1
Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

§ 1	Anwendungsbereich des Gesetzes	1868
§ 2	Begriffsbestimmungen	1881

Kapitel 2
Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 3	Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	1890
§ 4	Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	1898

Kapitel 3
Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen

§ 5	Benennung	1929
§ 6	Stellung	1933
§ 7	Aufgaben	1939

Kapitel 4
**Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit**

§ 8	Errichtung	1941
§ 9	Zuständigkeit	1943
§ 10	Unabhängigkeit	1946
§ 11	Ernennung und Amtszeit	1948
§ 12	Amtsverhältnis	1951
§ 13	Rechte und Pflichten	1955
§ 14	Aufgaben	1961
§ 15	Tätigkeitsbericht	1964
§ 16	Befugnisse	1965

§ 16a	Datenschutzkonferenz [Entwurf]	1970
Kapitel 5		
Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union		
§ 17	Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	1971
§ 18	Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	1974
§ 19	Zuständigkeiten	1978
Kapitel 6		
Rechtsbehelfe		
§ 20	Gerichtlicher Rechtsschutz	1981
§ 21	Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	1990
Teil 2		
Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679		
Kapitel 1		
Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten		
Abschnitt 1		
Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken		
§ 22	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	1997
§ 23	Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	2012
§ 24	Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen	2020
§ 25	Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	2026
Abschnitt 2		
Besondere Verarbeitungssituationen		
§ 26	Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	2033
§ 27	Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	2145
§ 28	Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	2151
§ 29	Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	2154
§ 30	Verbraucherkredite	2164
§ 31	Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	2167
Kapitel 2		
Rechte der betroffenen Person		
§ 32	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	2199
§ 33	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	2207

§ 34	Auskunftsrecht der betroffenen Person	2214
§ 35	Recht auf Löschung	2223
§ 36	Widerspruchsrecht	2229
§ 37	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	2231

Kapitel 3

Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter

§ 38	Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen	2240
§ 39	Akkreditierung	2246

Kapitel 4

Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen

§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	2250
§ 40a	Aufsichtsbehörde gemeinsam verantwortlicher Unternehmen [Entwurf]	2258

Kapitel 5

Sanktionen

§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	2262
§ 42	Strafvorschriften	2274
§ 43	Bußgeldvorschriften	2280

Kapitel 6

Rechtsbehelfe

§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	2281
------	--	------

Teil 3

Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680

Kapitel 1

Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 45	Anwendungsbereich	2286
§ 46	Begriffsbestimmungen	2298
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	2301

Kapitel 2

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	2308
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	2315
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	2320
§ 51	Einwilligung	2325
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	2336
§ 53	Datengeheimnis	2341
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	2345

Kapitel 3
Rechte der betroffenen Person

§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	2349
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	2353
§ 57	Auskunftsrecht	2361
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	2380
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	2392
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	2401
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	2407

Kapitel 4
Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter

§ 62	Auftragsverarbeitung	2411
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	2418
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	2421
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	2428
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	2433
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	2437
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	2443
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	2444
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	2448
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	2453
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	2457
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	2460
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	2463
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	2467
§ 76	Protokollierung	2470
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	2473

Kapitel 5
Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen

§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	2475
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	2488
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	2493
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	2500

Kapitel 6
Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden

§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	2506
------	------------------------------	------

Kapitel 7
Haftung und Sanktionen

§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	2509
§ 84	Strafvorschriften	2518

Teil 4

**Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die
Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der
Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten**

§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	2520
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	2526
	Stichwortverzeichnis	2532

Bearbeiterverzeichnis

Jan Philipp Albrecht, LL.M.	Einleitung IV. 2, Einführung zu Art. 6 DS-GVO
Prof. Dr. Franziska Boehm	Art. 77–84 DS-GVO
Prof. Dr. Christoph Burchard, LL.M.	§§ 41–43 BDSG
Prof. Dr. Johannes Caspar	Art. 21, 89, 90 DS-GVO; § 36 BDSG
Dr. Alexander Dix, LL.M.	Art. 4 Nr. 3, Nr. 12, Art. 12–20, 23, 33, 34, 85 DS-GVO; §§ 29, 32–35 BDSG
Dr. Stefan Drewes	Art. 4 Nr. 18, Nr. 19, Art. 37–39 DS-GVO; §§ 5–7, 38 BDSG
Dr. Eugen Ehmann	Anh. 3 zu Art. 6 (Werbung), Anh. 4 zu Art. 6 (Markt- und Meinungsforschung) DS-GVO; §§ 30, 31 BDSG
Dr. Kai Engelbrecht	§ 2 BDSG
Dr. h.c. Dipl.-Inform. Marit Hansen	Art. 4 Nr. 5, Art. 11, 25, 32, 87 DS-GVO
Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.	Einleitung; Art. 1, 3, 4 Nr. 17, 27, 94, 99 DS-GVO; § 1 B. IV.–VIII, C. BDSG
Dr. Moritz Karg	Art. 4 Nr. 1, Art. 35, 36, 95 DS-GVO
Prof. Dr. Jan Henrik Klement	Art. 4 Nr. 11, Nr. 25, Art. 7, 8 DS-GVO
Prof. Dr. Thomas Petri	Art. 4 Nr. 7–10 und Nr. 13–15, Art. 9, 10, 24, 26, 28–30 DS-GVO; §§ 22, 27, 28 BDSG
Dr. Sven Polenz, LL.M.	Art. 4 Nr. 16 und Nr. 21–23, Art. 31, 51–62 DS-GVO; §§ 8– 19, 40, 40a BDSG
Prof. Eike Richter	§§ 45–47, 54, 62–77, 82 BDSG
Prof. Dr. Alexander Roßnagel	Art. 2, 4 Nr. 2 und Nr. 6, Art. 5, 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c, e, Abs. 2–4, 40, 41, 98 DS-GVO; § 1 A.–B. I.–III., 2, 3, 23–25 BDSG
Dr. Peter Schantz	Art. 4 Nr. 20, Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a, b, d, f, 44–49 DS-GVO
Prof. Dr. Stephanie Schiedermaier	Einleitung IV 1. b, Art. 4 Nr. 26, Art. 50, 68–76, 92, 93, 96, 97 DS-GVO
Dr. Stephan Schindler	Anh. 1 zu Art. 6 (Videoüberwachung); §§ 4, 37 BDSG
Dr. Christoph Schnabel, LL.M.	Art. 86 DS-GVO; §§ 20, 21 BDSG
Dr. Philip Scholz	Art. 4 Nr. 4, Anh. 1 zu Art. 6 (Videoüberwachung), Art. 22, 42, 43 DS-GVO; §§ 4, 37, 39 BDSG
Prof. Dr. Achim Seifert	Art. 88, 91 DS-GVO; § 26 BDSG
Prof. Dr. Drs. h.c. Spiros Simitis	Einleitung
Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmann, LL.M.	Einleitung; Art. 1, 4 Nr. 24, 63–67, 94, 99 DS-GVO
Dr. Matthias Stief	Art. 4 Nr. 7, 24, 26 DS-GVO
Steffen Sundermann, LL.B.	§§ 20, 21, 44 BDSG
Prof. Dr. Dr. Markus Thiel	§§ 48–53, 55–61, 78–81, 83–86 BDSG

**Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG
(Datenschutz-Grundverordnung)**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(ABl. L 119 S. 1, ber. L 314 S. 72, 2018 L 127 S. 2 und 2021 L 74 S. 35)
(Celex-Nr. 3 2016 R 0679)

**Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 1 Gegenstand und Ziele

- (1) Diese Verordnung enthält Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Verkehr solcher Daten.
- (2) Diese Verordnung schützt die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen und insbesondere deren Recht auf Schutz personenbezogener Daten.
- (3) Der freie Verkehr personenbezogener Daten in der Union darf aus Gründen des Schutzes natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten weder eingeschränkt noch verboten werden.

Literatur: *Albers, M.*, Informationelle Selbstbestimmung als vielschichtiges Bündel von Rechtsbindungen und Rechtspositionen, in: Friedewald, M./Lamla, J./Roßnagel, A. (Hrsg.), Informationelle Selbstbestimmung im digitalen Wandel, 2017, 11; *Albers, M.*, Informationelle Selbstbestimmung, 2005; *Bergt, M.*, Sanktionierung von Verstößen gegen die Datenschutz-Grundverordnung, DuD 2017, 555; *Collin, P./Horstmann, T.*, Das Wissen des Staates – Zugänge zu einem Forschungsthema, in: dies., Das Wissen des Staates, 2004, 9; *Drackert, S.*, Die Risiken der Verarbeitung personenbezogener Daten, 2014; *Engeler, M.*, Der Konflikt zwischen Datenmarkt und Datenschutz, NJW 2022, 3398; *Giesen, T.*, Das Grundrecht auf Datenverarbeitung, JZ 2007, 918; *Heberlein, H.*, Konkordanz der Grundrechte – multipler Grundrechtsschutz durch die Datenschutz-Grundverordnung, DVBl 2020, 1225; *Hennemann, M.*, Personalisierte Medienangebote im Datenschutz- und Vertragsrecht, ZUM 2017, 544; *Laue, P.*, Öffnungsklauseln in der DS-GVO – Öffnung wohin?, ZD 2016, 463; *Linde, F.*, Ökonomie der Information, 2005; *Sandfuchs, B.*, Privatheit wider Willen?, 2015; *Scholz, R./Pitschas, R.*, Informationelle Selbstbestimmung und staatliche Informationsverantwortung, 1984; *Spiecker gen. Döhmman, I.*, Kontexte der Demokratie: Parteien, Medien und Sozialstrukturen, VVDStRL 77 (2018), 9; *dies.*, A New Framework for Information Markets – The ECJ Google Spain Decision, CMLR 52 (2015), 1033; *Vacca, T.*, Das vermögenswerte Persönlichkeitsbild, 2017; *von Lewinski, K.*, Die Matrix des Datenschutzes, 2014; *Zech, H.*, Information als Schutzgegenstand, 2012. S. ferner die grundlegende Literatur zur DS-GVO Einl. vor Kap. 4.

I. Ziel und Funktion der Vorschrift	1	V. Schutz der Grundrechte und Grundfrei-	
II. Entstehungsgeschichte und Vorgängerre-		heiten (Abs. 2)	37
gelungen	13	VI. Keine Einschränkung des freien Datenver-	
III. Systematik und systematische Stellung	20	kehrs (Abs. 3)	42
IV. Ausgleich verschiedener Rechtspositionen			
(Abs. 1)	26		

I. Ziel und Funktion der Vorschrift

Art. 1 ist die **Leitnorm** der DS-GVO: Sie formuliert die generelle Zwecksetzung, nämlich den Schutz der personenbezogenen Daten und den Schutz des freien Datenverkehrs.¹ Gleichzeitig macht Abs. 1 Vorgaben für den Ausgleich zwischen beiden Zielen, wenn es zu einem Konflikt kommt. Die Vorschrift bündelt damit die Kernaussagen; sie ist als **Interpretationsdirektive** zu verstehen. Sie dient als **Auslegungshilfe** für alle Normen der DS-GVO, insbes. der vielfältigen **unbestimmten Rechtsbegriffe**.² Dies gilt auch für die Vorschriften, die, gestützt auf **Öffnungsklauseln** der DS-GVO, in den Mitgliedstaaten erlassen wurden. Zudem leitet die Vorschrift, zusammen mit den Grundprinzipien des Art. 5 (→ DS-GVO Art. 5 Rn. 20 ff.) an, wie **Beurteilungs- und Ermessensspielräume** ausgefüllt werden; auch zur Schließung von Regelungslücken und zur Bestimmung von Analogiefähigkeit und Interessenvergleichbarkeit kann sie dienlich sein. Ihr zugeordnet sind die EG 1 bis 14.

Gleichzeitig ist die Vorschrift eine Anleitung für den normativen **Umgang mit Unsicherheit**,³ ob also eher Risiken der Datenverarbeitung vermieden oder eher Chancen genutzt werden sollen und wie sich das auf konkrete offene Rechtsfragen und Auslegungen auswirkt. Art. 1 ist insoweit, erneut zusammen mit den Grundprinzipien des Art. 5 (→ DS-GVO Art. 5 Rn. 20 ff., 26), eine wesentliche Vorschrift, um zu große Wertungsspielräume bei Entscheidungen unter Unsicherheit zu begrenzen. Angesichts der systematischen Einordnung des Datenschutzrechts als Technikrecht (→ Rn. 4) bedeutet dies, dass eine eher **vorsorgeorientierte Deutung** zukünftiger Verläufe den Einschätzungen unter Unsicherheit zugrunde zu legen ist. **Risikobasierte Ansätze** der DS-GVO (→ DS-GVO Einl. Rn. 276), wie zB in Art. 35 (→ DS-GVO Art. 35 Rn. 12), sind entsprechend zu konkretisieren.

Schutzgut ist zum einen, wie in Art. 1 Abs. 1 DSRL, der **Schutz personenbezogener Daten** (Abs. 2), wie sie in Art. 4 Nr. 1 definiert sind. Art. 1 spezifiziert dahinterstehende Begründungsansätze nicht.⁴ Aus der Entstehungsgeschichte heraus lässt sich aber ermitteln, dass die europäische Datenschutzrechtstradition fortgeführt wird (→ DS-GVO Einl. Rn. 136 ff.). Datenschutzrecht bezweckt damit den **Schutz des Einzelnen vor der Preisgabe und Verwendung seiner Daten**.⁵ Damit wird der Einseitigkeit der Nutzbarkeit von Informationen entgegengewirkt; die betroffene Person kann die Grundlagen von sie betreffenden Entscheidungen überblicken.⁶ Betroffene Personen sollen ihrer sich immer stärker abzeichnenden Steuerbarkeit durch die Verarbeitung ihrer Daten ihr Recht entgegen halten können, selbst über die Zulässigkeit und die Modalitäten des Zugriffs auf ihre Daten zu befinden.⁷ Art. 1 Abs. 1 sowie weitere Artikel und EG der DSRL sprachen vom Schutz der Privatsphäre;⁸ dies war ein Pendant zum englischen „Privacy“, das inzwischen eher als „Privatheit“ übersetzt werden würde. Weder Privatsphäre noch Privatheit kommen im Normtext der DS-GVO vor; dasselbe gilt für Privacy im englischen Text. Die gesamten Regelungen der

1 Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 1; BeckOK DatenschutzR/Schantz DS-GVO Art. 1 Rn. 2; Gola/Heckmann/Pöters DS-GVO Art. 1 Rn. 1ff.; Ehmann/Selmayr/Zerdick Art. 1 Rn. 1; Kühling/Buchner/Buchner DS-GVO Art. 1 Rn. 1; Taeger/Gabel/Schmidt DS-GVO Art. 1 Rn. 1; Kuner/Bygrave/Docksey/Drechsler/Hijmans Art. 1 A., S. 50.

2 GSSV/Buchholtz/Stenzel DS-GVO Art. 1 Rn. 1; Taeger/Gabel/Schmidt DS-GVO Art. 1 Rn. 4; Spiecker gen. Döhmman et al./Hornung/Spiecker gen. Döhmman, General Data Protection Regulation, Art. 1 Rn. 1.

3 Spiecker gen. Döhmman, Staatliche Entscheidungen unter Unsicherheit, i. E. 2024.

4 Allgemein zu datenschutzrechtlichen Schutzgütern, -zielen und -zwecken Friedewald/Lamla/Roßnagel/Albers, Informationelle Selbstbestimmung im digitalen Wandel, S. 11 (11 ff.); für die DS-GVO s. von Grafenstein EDPL 2020, 509; EDPL 2021, 190; EDPL 2021, 373; vgl. zum Schutzgut des Datenschutz-Grundrechts auch Engeler NJW 2022, 3398 (3399 f.).

5 Vgl. BVerfGE 65, 1 (43); vgl. auch Simitis/Simitis BDSG § 1 Rn. 23 ff.

6 Vgl. BVerfGE 65, 1 (43).

7 Simitis/Simitis BDSG § 1 Rn. 26.

8 Art. 9, 13 Abs. 2, 25 Abs. 6, 26 Abs. 2, Abs. 3, sowie EG 2, 7, 9, 10, 11, 33, 34, 68 DSRL.

DSRL ließen aber bereits erkennen, dass mit der Formulierung in der DSRL ein viel weiterer Begriff von Privatsphäre bzw. Privacy gemeint war als der Schutz eines persönlichen Raums.⁹

- 4 Der Schutz personenbezogener Daten ist **präventiv** ausgerichtet.¹⁰ Auch hier zeigt sich der technikkrechtliche Ansatz (→ DS-GVO Einl. Rn. 281); er ist aber durch die **Eigenschaften von Daten** noch einmal besonders gestärkt, nämlich zum einen durch die Eigenschaft von Informationen als öffentliche Güter im ökonomischen Sinne,¹¹ zum anderen durch deren Bedeutung für nachfolgende Entscheidungen. Als **öffentliche Güter** können Informationen typischerweise vielfach verarbeitet werden, ohne dadurch an Aussagekraft zu verlieren. Es fehlt ihnen an der Rivalität im Konsum.¹² Die Digitalisierung hat zudem ihre Rekombinierbarkeit schnell, preiswert und einfach gemacht. Daher gelingt es häufig nicht, sie dem Zugriff und der Kenntnisnahme anderer zu entziehen. Dies gilt für personenbezogene Daten in besonderem Maße, weil sie die Grundlage für soziale Beziehungen darstellen. Andere sind von ihrer Nutzung also häufig auch nicht ausschließbar.¹³ Zudem werden Informationen zumeist nicht um ihrer selbst willen nachgefragt, sondern um auf ihrer Basis **Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen**.¹⁴ An der Entscheidung lässt sich aber nicht ablesen, welche Informationen mit welcher Qualität und welchen normativen Vorstellungen eingeflossen sind.¹⁵ Daher kann ein effektiver Schutz von Daten nur darin ansetzen, die Verarbeitung zu regulieren und der betroffenen Person durch Kenntnis vom Verbleib ihrer Daten zu ermöglichen, ihre Einwirkungsrechte auszuüben und so ein gewisses Maß an Kontrolle über die nachfolgende Entscheidung zu erlangen. Dies aber gelingt nur **präventiv**, zunächst ohne Ansehen des konkret angestrebten, auf der erlangten Information basierenden Entscheidungsergebnisses. Der eigentliche und entscheidende Ansatzpunkt ist insofern **nicht die Schädigung, sondern die Gefährdung** der betroffenen Personen.¹⁶ Dies hat Auswirkungen auch auf die Bestimmung von Eingriffsintensitäten oder auch der Einschätzung zum immateriellen Schadensersatz.
- 5 Das zweite **Schutzgut** der DS-GVO ist der **freie Datenverkehr** im Binnenmarkt (Abs. 3 → Rn. 42). Folglich ist terminologisch auch für die DS-GVO von einer dualen Schutzrichtung – freier Datenverkehr auf der einen und Schutz personenbezogener Daten auf der anderen Seite – die Rede.¹⁷ Damit schließt Art. 1 eines der ältesten Ziele des **europäischen Integrationsprozesses**

9 So bereits Spiecker gen. Döhmman et al./Hornung/Spiecker gen. Döhmman, General Data Protection Regulation, Art. 1 Rn. 3; aA Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 10 ff., der in der DS-GVO sogar eine Abkehr vom Konzept des Privatsphärenschutzes erblickt, da das Recht der Privatsphäre nahezu durchgängig durch das Recht auf Schutz personenbezogener Daten ersetzt werde.

10 Das zeigt schon, das gesamte Datenschutzrecht überspannende Regelungsprinzip des grds. (Verarbeitungs-)Verbots, s. etwa Tinnefeld/Buchner/Petri/Hof, S. 240 f.; Fuhrmann ZfRSoz 23 (2002), 115 (125); Ehmman RDV 1999, 12.

11 Umfassend zu Informationsgütern Linde, Ökonomie der Information, S. 16 ff.; Cowen/Cowen, Public Goods and Market Failures, S. 1, 21 ff.

12 Zech, Information als Schutzgegenstand, S. 118; ders. CR 2015, 137 (139); zu Einschränkungen Linde, Ökonomie der Information, S. 14.

13 Spiecker gen. Döhmman Rechtswissenschaft 2010, 247 (258 f.); Kischel/Kube/Spiecker gen. Döhmman HdB StR I § 20 Rn. 4; Hermstrüwer, Informationelle Selbstgefährdung, S. 134 ff.; Fairfield/Engel Duke L. J. 65 (2015), 385 (423 ff.); mit – allerdings nicht immer zutreffenden – Einschränkungen Zech, Information als Schutzgegenstand, S. 118 f.; aA wohl Körber/Immenga/Dewenter/Lüth, Daten und Wettbewerb in der digitalen Ökonomie, S. 10, 12.

14 Spiecker gen. Döhmman, Staatliche Entscheidungen unter Unsicherheit, i. E. 2024.

15 Kischel/Kube/Spiecker gen. Döhmman HdB StR I § 20 Rn. 3.

16 Vgl. Simitis/Simitis BDSG § 1 Rn. 79 unter Verweis auf Roßnagel/Trute DatenschutzR-HdB Kap. 2.5 Rn. 13, 23; Scholz/Pitschas, Informationelle Selbstbestimmung und staatliche Informationsverantwortung, S. 82 ff.; Bull GS für Sasse II, 1981, 869 (879 f.); Gallwas Der Staat 18 (1979), 507 (510 f.); Schulte/Bizer, HdB des Technikrechts, S. 564, 566 f., 569 f.; Albers, Informationelle Selbstbestimmung, insbes. S. 462 ff.; Hermstrüwer, Informationelle Selbstgefährdung, S. 40 f.; ebenso von Grafenstein EDPL 2020, 509; EDPL 2021, 190; EDPL 2021, 373.

17 So Gola/Heckmann/Pöppers DS-GVO Art. 1 Rn. 4; terminologisch ähnlich BeckOK DatenschutzR/Schantz DS-GVO Art. 1 Rn. 2 sowie Taeger/Gabel/Schmidt DS-GVO Art. 1 Rn. 10.

in sich ein,¹⁸ nämlich die Herstellung eines europäischen vereinheitlichten Binnenmarktes. Auch dieses Schutzgut war bereits in der DSRL enthalten (Art. 1 Abs. 2 und EG 3, 6, 8, 9, 56 DSRL).

Die DS-GVO erhebt den Anspruch, in ihrem Anwendungsbereich (Art. 2, 3) **vollumfänglich** **sämtliche Datenverarbeitungen** zu regeln und damit umfassend die mit der Verwendung personenbezogener Daten verbundenen Gefahren regulieren zu können. Dies ergibt sich schon aus dem unverändert beibehaltenen Prinzip der **Technikneutralität** (EG 15 S. 1), das einer technikspezifischen Regelung, etwa für das Internet, für vernetzte Systeme, für Big Data und Profiling oder für Cloud Computing entgegensteht.¹⁹ Das erschließt sich aber auch daraus, dass in den EG von parallelen, weiteren oder gar **sektorspezifischen Regelungen** auf der Ebene des Sekundärrechts allein für den Bereich der Telekommunikation (ePrivacyVO), nicht aber systematisch die Rede ist. Dies ist auch kein Versehen, denn der KOM wird ausdrücklich zugestanden, für bestimmte Sektoren die Übermittlung in Drittländer als angemessen festzustellen (Art. 45 Abs. 1). Die Überlegung, dass Datenverarbeitungen in bestimmten Branchen, in bestimmten Sektoren oder überhaupt in einem bestimmten Umfeld eigenständig geregelt werden können, ist also der DS-GVO durchaus inhärent, aber sie verzichtet gezielt auf die Nutzung solcher Instrumente zur Regelung des weiten Felds des Datenschutzes. Die vielfachen Öffnungsklauseln für Unionsrecht (Art. 4 Nr. 7 und Nr. 8; 6 Abs. 3 lit. a; 9 Abs. 2 lit. a, b, g, h, i, j und Abs. 3; 10; 14 Abs. 5 lit. d; 17 Abs. 2 lit. e; 28 Abs. 3, Abs. 4; 29; 35 Abs. 10; 49 Abs. 5; 86; 89 Abs. 2 und Abs. 3 sowie 90) sehen nur unter den Rahmenbedingungen der DS-GVO Regelungen vor. Und auch Art. 98, der von der KOM weitere sekundärrechtlich einzuordnende Gesetzgebungsaktivitäten auf dem Gebiet des Datenschutzes verlangt, lässt erkennen, dass diese Pflicht zum einen als zum damaligen Zeitpunkt nicht zwingend relevant angesehen wird („gegebenenfalls“), v.a. aber, dass sie lediglich der Herstellung eines einheitlichen und kohärenten Schutzes dient. Dieser Schutzstandard wird durch die DS-GVO vorgegeben, nicht etwa durch andere, zB sektorspezifische Gesetzgebungsaktivitäten. Dies betrifft auch die jüngeren, der DS-GVO nachgefolgten Gesetzeswerke der EU.²⁰ Dem entspricht schließlich, dass lediglich Art. 95 mit dem Verhältnis zur ePrivacyRL eine konkrete existente weitere Regelung mit Bezügen zum Datenschutzrecht anspricht. Nur Art. 95 formuliert in diesem Kontext einen Ausnahmetatbestand, nämlich eben diese ePrivacyRL bzw. ihre Nachfolgeregelung.

Dieser Anspruch eines **umfassenden Datenschutzrechts** geht einerseits **zu weit**. Das Ziel, sämtliche Datenverarbeitungsvorgänge in Bezug auf personenbezogene Daten zu regeln, wird sich mittel- und langfristig nur mithilfe einer differenzierten, an den jeweiligen Verarbeitungsvorgängen orientierten Reaktion erreichen lassen.²¹ Die DS-GVO wird lediglich allgemeine Pflöcke einschlagen können, anhand derer die äußeren Leitlinien für legale Datenverarbeitungen bestimmt werden. Ihrem eigenen Anspruch wird sie auch nicht gerecht, denn gerade die Öffnungsklauseln des Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c und f, Abs. 2 und 3 ermöglichen den Mitgliedstaaten weitgehende Sonderregelungen im öffentlichen Bereich. Allerdings wird durch die Regelungstechnik des Einsatzes von Öffnungsklauseln in einer Verordnung auch deutlich, dass die DS-GVO zwar weitere Regelungen zulässt, dies aber nur in einem (je nach Öffnungsklausel mehr oder weniger)²² engen und von ihr bestimmten Rahmen vorsieht.

Ein **umfassendes Datenschutzrecht** zu gewährleisten, greift in seinem Anspruch andererseits **aber auch zu kurz**. Denn das Datenschutzrecht ist nur eines von vielen Rechten, die sich mit dem Umgang mit Informationen im weiten Sinne befassen. Die neueren Rechtsakte der EU (→ DS-GVO Einl. Rn. 257 ff.) greifen sämtlich verschiedene weitere Aspekte der Digitalisierungskultur auf. So sind auch die Herausforderungen durch die auf der Basis der Digitalisierung erfol-

18 So auch Ehmann/Selmayr/Zerdick Art. 1 Rn. 2; ähnlich Gola/Heckmann/Pöppers DS-GVO Art. 1 Rn. 1 ff.; mit Hinweis auf fehlende kompetenzielle Notwendigkeit Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 19.

19 Zu den Folgeproblemen für die Konkretisierung der Anforderungen der DS-GVO → DS-GVO Einl. Rn. 275, 284.

20 Zum Verhältnis dieser Rechtsakte zur DS-GVO → DS-GVO Einl. Rn. 257 ff.

21 Für das BDSG aF so schon Simitis/Simitis BDSG § 1 Rn. 23.

22 Dazu → DS-GVO Einl. Rn. 260 ff.

gende Transformation nicht allein auf den Datenschutz beschränkt, wengleich die technischen Möglichkeiten überhaupt erst die Notwendigkeit eines solchen haben entstehen lassen. Fragen der Verteilung der Mehrwerte aus der Datennutzung oder zum Umgang mit Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sind in der DS-GVO und im Datenschutzrecht kaum beheimatet, zählen aber gesamtgesellschaftlich zu zentralen Fragestellungen der Wissensgesellschaft. Auch wenn die DS-GVO sich in ihrem Anwendungsbereich selbst auf den Umgang mit personenbezogenen Daten beschränkt, so genügt dies nicht, um damit eine klare Grenzziehung zu anderen Informationsrechten und anderen Regelungsregimen in der Digitalisierung zu bewirken.²³ So sind urheberrechtlich geschützte Werke personenbezogene Daten; gleichwohl stehen beide Rechtsregime in **Konkurrenz** zu- oder günstigstenfalls im **Gleichlauf** miteinander.²⁴ Die Qualitätssicherung von Daten zur Entwicklung und Nutzung einer KI mag die Gewinnung von vielen Daten gebieten und steht somit dem Datenminimierungsprinzip potenziell entgegen.²⁵ Eine gezielte offensive Cybersicherheitsstrategie greift auf personenbezogene Daten zu, ohne diese näher im Vorfeld absehen zu können.²⁶ Gewinnung, Nutzung, Verwertung, Transfer, Diffusion, Archivierung, Haltbarkeit und Löschung sind nur einige Elemente dessen, was ein Informationsrecht bearbeiten muss; Infrastruktur, Formate, Sicherheit oder Zugriff sind andere, aber noch lange nicht alle.²⁷ Hinzu kommt die diffizile Unterscheidung zwischen Daten, Information und Wissen.²⁸ Da Daten und Information, die vom Datenschutzrecht erfasst werden, die Grundlage von Wissen sind,²⁹ hat jede Wissensregulierung zwangsläufig Auswirkungen auf die Regulierungswirkungen des Datenschutzrechts und umgekehrt. Die unterschiedlichen Bindungen, denen Private und Öffentliche Hand unterliegen, und die angesichts deren besonderer Machtposition möglicherweise auch auf Private auszudehnen sind, tun ein Übriges, um auf das Datenschutzrecht Wirkungen zu entfalten.

- 9 Immerhin muss der DS-GVO zugutegehalten werden, dass sie einen nicht nur beiläufigen Versuch unternimmt, angesichts jahrzehntelanger Erstarrung des europäischen Datenschutzrechts und stagnierender Bemühungen um ein Digitalisierungsfolgenrecht während der exponentiell weiterentwickelten Informations- und Kommunikationstechnologie unter den Bedingungen der Digitalisierung **Recht und Technik wieder einander anzugleichen** und den Schutz personenbezogener Daten effektiv auszugestalten. Dazu gehören v.a. auch ihre ersichtlichen Erfolge, die **Durchsetzungsmechanismen zu stärken**.³⁰ Hierzu zählen insbes. das Verbandsklagerecht,³¹ das auch Verbänden unabhängig von einem Auftrag der von einer Datenschutzverletzung betroffenen

23 Zu den Konkurrenzfragen zwischen DS-GVO und den neuen Rechtsakten der Union s. → DS-GVO Einl. Rn. 257 ff.

24 S. etwa zum Nebeneinander von Datenschutzrecht und anderen Rechten *Dreier/Spiecker gen. Döhmann*, Die systematische Aufnahme des Straßenbildes – zur rechtlichen Zulässigkeit von Online-Diensten wie „Google Street View“, 2010. Zum Verhältnis zwischen KUG und DS-GVO auch OLG Köln WRP 2018, 1006.

25 Vgl. zB *Winau* EDPL 9 (2023), 123.

26 *Selzer/Spiecker gen. Döhmann* DuD 2023, iE; zum Verhältnis zwischen Datenschutz und IT-Sicherheit näher *Hornung/Schallbruch/Jandt* IT-SicherheitsR-HdB § 17.

27 S. zum Wissenszyklus *Spiecker gen. Döhmann* Rechtswissenschaft 2010, 247; erste Ansätze einer Zusammenstellung und Systematisierung finden sich zB in *Kloepfer*, Informationsrecht, 2002.

28 S. dazu etwa *Collin/Horstmann/Collin/Horstmann*, Wissen des Staates, S. 9, 11 ff. mwN; *Friedewald/Lamla/Roßnagel/Albers*, Informationelle Selbstbestimmung im digitalen Wandel, S. 11, 23 ff. mwN; *Röhl/Trute*, Wissen – Zur kognitiven Dimension des Rechts. Die Verwaltung. Beihefte, 9 (2010), S. 11, 13 ff. mwN.

29 So etwa *Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Scherzberg*, Verwaltungsrecht in der Informationsgesellschaft, S. 195, 200 oder zur Kategorisierung von Wissen als organisierter und systematisierter Form zB *Wollenschläger*, Wissensgenerierung im Verfahren, S. 30; ähnlich *Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle*, Verwaltungsrecht in der Informationsgesellschaft, S. 349, 353. S. zum Überblick über die Diskussion *Röhl/Trute*, Wissen – Zur kognitiven Dimension des Rechts. Die Verwaltung. Beihefte, 9 (2010), S. 11; *Friedewald/Lamla/Roßnagel/Albers*, Informationelle Selbstbestimmung im digitalen Wandel, S. 11, 23 ff.

30 Vgl. zu dieser Absicht des Gesetzgebers *Spindler* ZD 2016, 114; *Beyr* DuD 2017, 555.

31 Vgl. dazu EuGH – C-319/20, ZD 2022, 384 Rn. 48 ff.; EuGH – C-40/17, ZD 2019, 455 Rn. 43 ff.; *Lühmann/Stegemann* NJW 2022, 1715; *Payandeh* JuS 2022, 890; *Ohly* GRUR 2022, 924.

Person eingeräumt wird, sowie der wesentlich erhöhte Bußgeldrahmen,³² der Geldbußen von bis zu 4 % des weltweit erzielten Jahresumsatzes eines Unternehmens vorsieht. Schon im Vorfeld der Geltung der DS-GVO ab dem 25.5.2018 (Art. 99 Abs. 2) ließ sich statuieren, dass tatsächlich das Datenschutzrecht nunmehr (wieder) wahrgenommen wird und dass Unternehmen, Behörden und Privatpersonen mit großer Aufmerksamkeit die neue Rechtsordnung zur Kenntnis genommen haben und Anpassungsanstrengungen unternehmen. Datenschutzrecht ist inzwischen aufgrund der DS-GVO und ihrer Governance-Instrumente zu einer wichtigen Rechtsmaterie geworden.

Adressat der Vorschrift sind alle, denen die DS-GVO im Rahmen ihres Anwendungsbereichs Rechte und Pflichten zuweist, also insbes. Verantwortliche, Auftragsverarbeiter, (Aufsichts-)Behörden und betroffene Personen. Aber auch die nationalen und der europäische Gesetzgeber (wenn dieser innerhalb der Öffnungsklauseln tätig wird)³³ sind Adressaten, die iRd Ziele zu einer stringenten Auslegung und Instrumentenverwendung gehalten sind, insbes. bei der Ausgestaltung des Umgangs mit Unsicherheit, etwa bei Auslegung und Anwendung der Vorschriften und der Bewertung des Sachverhalts.³⁴ Dies gilt angesichts von Art. 95 gerade auch für die immer noch nicht verabschiedete ePrivacyVO, welche die ePrivacyRL ablösen soll.

Art. 1 kommt auch eine Wirkung in Bezug auf die **Öffnungsklauseln** zu. Neben der Bedeutung als **Leitlinie für das mitgliedstaatliche Recht**, das von einer spezifischen Öffnungsklausel Gebrauch macht, steht aber noch ein anderer Zweck im Raum: Weil Abs. 3 bestimmt, dass der freie Verkehr nicht zugunsten des Datenschutzes eingeschränkt werden darf, müssen die mitgliedstaatlichen Regelungen iRd DS-GVO auch insgesamt in einer **Gesamtbeurteilung** betrachtet werden: Sie dürfen in der **Gesamtheit** nicht dazu führen, dass der freie Verkehr auf diesem Wege gehindert wird. Diese Beschränkung ist nicht beiläufig zu gewichten, weil die unterschiedlichen mitgliedstaatlichen Regelungen und die unterschiedliche Durchsetzung der bestehenden DSRL ein Hauptgrund für ihre Überarbeitung und Überführung in das Instrument der Verordnung waren (→ Rn. 34; → DS-GVO Einl. Rn. 212 ff.). Allerdings dürfte die Frage einer Beschränkung der „Gesamtausfüllung“ nur schwer justiziabel sein, da die Mitgliedstaaten grds. nicht daran gehindert sind, von sämtlichen Öffnungsklauseln der DS-GVO Gebrauch zu machen.³⁵

Die DS-GVO geht vom Menschen aus und stellt den **Menschen in den Mittelpunkt** ihrer Regulierung: Datenverarbeitungen haben im Dienste der Menschheit zu erfolgen (EG 4). Nicht die **Technik** bestimmt ihre eigenen Anwendbarkeiten, ihre eigene Dynamik und ihre eigene Begrenzung und Begrenzbarkeit, sondern das Recht beansprucht, den Risiken und Gefahren, die aus der automatisierten Datenverarbeitung entstehen können, entgegenzuwirken – und dies auch um den Preis der Beschränkung der Möglichkeiten der Technik. Damit greift die DS-GVO die technikrechtlichen Ursprünge der Vorgängerregelungen und des Datenschutzrechts insgesamt auf. Dem entspricht, dass die DS-GVO nicht allein missbräuchlichen Datenverarbeitungen entgegenwirken will,³⁶ sondern durchaus marktregulatorische Züge aufweist.³⁷

32 Zum Strafzweck der Geldbuße als Sanktion EuGH – C-300/21, ZD 2023, 446 Rn. 40; s. allgemein zu datenschutzrechtlichen Bußgeldern *Bretthauer* CR 2023, 22; *Drewes/Walchner* CR 2023, 163; *Roßnagel/Rost* ZD 2023, 502; *EDSA, Guidelines 04/2022 on the calculation of administrative fines under the GDPR, Version 2.1*.

33 Kompetenzrechtlich bewirken die Öffnungsklauseln für den europäischen Sekundärgesetzgeber keine Bindung, da dieser – sofern er die Grenzen von Art. 7, 8 GRCh und Art. 16 AEUV einhält – durch einen nachfolgenden Rechtsakt auch Regeln aufstellen könnte, die die Öffnungsklauseln überschreiten. Rein praktisch wird dieser Fall kaum auftreten, weil die Grenzen den primärrechtlichen Vorgaben vielfach entsprechen. IE werden bereichsspezifische Rechtsgrundlagen der Mitgliedstaaten und der Union sich deshalb idR ähnlich in die Systematik der DS-GVO einfügen.

34 S. auch *Spiecker gen. Döbmann*, Staatliche Entscheidungen unter Unsicherheit, i. E. 2024.

35 Auch nach der Rspr. des EuGH stehen die nach Art. 1 beabsichtigte Vollharmonisierung und die Öffnungsklauseln nebeneinander, s. EuGH – C-319/20, ZD 2022, 384 Rn. 57; EuGH – C-34/21, ZD 2023, 391 Rn. 51.

36 So schon für das BDSG aF, das diesbezüglich vom Wortlaut her allerdings stärker formuliert war, *Simitis/Simitis* BDSG § 1 Rn. 24.

37 Exemplarisch für die unterschiedlichen Regelungsziele ist das Recht auf Datenportabilität nach Art. 20, das neben datenschutz- auch wettbewerbs- und verbraucherrechtliche Elemente aufweist. Vgl. dazu *Fix*, Das Recht auf Datenportabilität, S. 35 ff.

II. Entstehungsgeschichte und Vorgängerregelungen

- 13 **Art. 1 DSRL** war parallel zu Art. 1 Abs. 2 und 3 aufgebaut: Während Art. 1 Abs. 1 DSRL den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten, insbes. den Schutz der Privatsphäre, als Zweck nannte, stellte Art. 1 Abs. 2 DSRL vergleichbar Art. 1 Abs. 3 klar, dass aus Gründen des Schutzes der Grundrechte und Grundfreiheiten der freie Verkehr personenbezogener Daten nicht eingeschränkt werden durfte. An einer übergreifenden Regelung des Abs. 1 zum Verhältnis der beiden Vorschriften fehlte es in der DSRL. Wegen des Richtliniencharakters war die Zielrichtung der DSRL in besonderer Weise auch für die mitgliedstaatlichen Umsetzungen wichtig; für die DS-GVO ist diese Bedeutung wegen des Verordnungskarakters zwar grds. reduziert, wegen der vielfachen Öffnungsklauseln aber trotzdem nicht nur von beiläufigem Inhalt.
- 14 § 1 **BDSG aF** fasste die Zielsetzungen dagegen deutlich enger: Die Vorschrift enthielt ein klares Bekenntnis zum **persönlichkeitsrechtlichen Ansatz des Datenschutzrechts** und reduzierte damit dessen Bedeutung. Zudem – vielfach kritisiert³⁸ – konzentrierte sie sich auf „Beeinträchtigungen“ der Rechte.
- 15 Das **BDSG** verzichtet auf eine Zwecksetzung und auf Zielvorgaben. Dies ist konsequent angesichts der engen Anbindung des Gesetzes an die DS-GVO und die JI-Richtlinie, wäre aber im Hinblick auf die Anleitung gerade derjenigen Vorschriften, die von den Öffnungsklauseln der DS-GVO und den Umsetzungsspielräumen der JI-Richtlinie Gebrauch machen, hilfreich gewesen.
- 16 Die **Historie der Norm** ist unspektakulär:³⁹ Der KOM-E formulierte Art. 1 identisch zum verabschiedeten Normtext. Dies wurde im Parl-E beibehalten. Der Rat-E fügte ohne sonstige Änderungen gegenüber dem KOM-E einen Abs. 2a ein, der im Trilog de facto wörtlich⁴⁰ in den jetzigen Art. 6 Abs. 2 verschoben wurde (→ DS-GVO Art. 6 Abs. 2 Rn. 2 ff.).⁴¹ Diese Öffnungsklausel für „spezifischere Bestimmungen“ für Verarbeitungen nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c und e sowie für besondere Verarbeitungssituationen nach Kapitel IX entsprach der Ratsposition, dass trotz Verabschiedung einer Verordnung den Mitgliedstaaten möglichst weitreichende eigene Gestaltungsspielräume vorbehalten bleiben sollten. Durch die Aufnahme in Art. 6 Abs. 2 hat sich der Rat damit durchgesetzt, insbes. im Bereich der öffentlichen Aufgabenerfüllung den Mitgliedstaaten einen weiten Gestaltungsspielraum zu eröffnen, den das BDSG (→ DS-GVO Einl. Rn. 310 ff.), die LDSGe (→ DS-GVO Einl. Rn. 321 ff.) sowie weitere Gesetze (→ DS-GVO Einl. Rn. 339 ff.) auch bereits ausschöpfen und teilweise auch auszureizen versuchen. Da sich die Zuordnung zum zentralen Art. 1 jedoch nicht durchsetzen konnte, handelt es sich nicht um eine Kernstruktur. Man kann also in der diesbezüglichen Öffnungsklausel kein Grundprinzip der DS-GVO sehen.
- 17 Der europäische Gesetzgeber hat das **Instrument einer Verordnung** gewählt und damit die Wirkungen des Art. 288 Abs. 2 AEUV aufgerufen: Die DS-GVO ist in allen ihren Vorschriften unmittelbar geltendes Recht und bindet ihre Adressaten in den Mitgliedstaaten direkt. Schon früh zeichnete sich der Wille der KOM ab, angesichts der divergenten Umsetzung, Anwendung, Auslegung und Durchsetzung der DSRL nunmehr vom scharfen Schwert der Verordnung Gebrauch zu machen, um eine echte **Harmonisierung** zu erzielen.⁴² EG 9 verweist noch einmal darauf, dass der vorherige Zustand auch den Zielen des Binnenmarkts zuwiderlief (→ Rn. 21).

38 S. nur Simitis/Simitis BDSG § 1 Rn. 81 ff. mwN.

39 S. dazu auch bei Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 5 ff.; Taeger/Gabel/Schmidt DS-GVO Art. 1 Rn. 2 ff.; Kuner/Bygrave/Docksey/Drechsler/Hijmans Art. 1 A., S. 51 ff.

40 Lediglich die Art des Verweises auf Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c und e wurde verändert.

41 Zu den Folgeproblemen s. Helmke/Link DuD 2023, 708.

42 BeckOK DatenschutzR/Schantz DS-GVO Art. 1 Rn. 8; Gola/Heckmann/Pöiters DS-GVO Art. 1 Rn. 25; Ehmman/Selmayr/Zerdlck Art. 1 Rn. 3; zweifelnd hinsichtlich der Harmonisierungskraft der DS-GVO Kühling/Buchner/Buchner DS-GVO Art. 1 Rn. 5 ff.; auch der EuGH erkennt die vollständige Harmonisierungswirkung an, wenngleich den Mitgliedstaaten aufgrund der Öffnungsklauseln eigene Spielräume verbleiben. Vgl. EuGH – C-34/21, ZD 2023, 391 Rn. 51 sowie EuGH – C-319/20, ZD 2022, 384 Rn. 57.

Von Anfang an kritisch beäugt worden ist die Tendenz der DS-GVO, trotz ihres Verordnungscharakters **Elemente einer Richtlinie** zu beinhalten. Dies lag v.a. an zwei Ausgestaltungen des KOM-E. Zum einen sah dieser eine Vielzahl an delegierten Rechtsakten zugunsten der KOM vor, war also in der Rechtsetzungstechnik eher auf generelle Zwecksetzungen ausgerichtet und wies dadurch gegenüber anderen Verordnungen ein ungewöhnlich geringes Maß an **Bestimmtheit** auf, wie es eigentlich für RL typisch ist. V.a. aber war die DS-GVO von Anfang an von vielfachen **Öffnungsklauseln** durchzogen, die es den **Mitgliedstaaten** ermöglichen, neben der DS-GVO ihr mitgliedstaatliches Recht jedenfalls in Teilen zu bewahren. Besonders ausgeprägt gilt dies für die Rechtsgrundlagen im Bereich der öffentlichen Datenverarbeitung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c und e iVm Art. 6 Abs. 2 und 3). Die Erläuterung, bei der DS-GVO handele es sich daher um ein „Hybrid aus Richtlinie und Verordnung“,⁴³ geht aber zu weit und missversteht die Regelungstechnik der DS-GVO.⁴⁴ Auch wenn eine Vielzahl unterschiedlichster Öffnungs- und Spezifikationsklauseln vorhanden ist, die sich einer Systematisierung angesichts ihrer Spannbreite weitgehend entziehen (→ DS-GVO Einl. Rn. 260 ff.),⁴⁵ so bleibt der Anspruch der DS-GVO doch uneingeschränkt bestehen, umfassend und v.a. einheitlich zu regeln. Diesen löst sie auch ein.

Die **J1-Richtlinie**, welche die Datenverarbeitung durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit abdeckt (→ DS-GVO Einl. Rn. 244 ff.), stellt sich dem Wortlaut ihres Art. 1 Abs. 1 nach ganz in den Dienst des Schutzes der personenbezogenen Daten natürlicher Personen. Allerdings enthält Art. 1 Abs. 2 J1-Richtlinie eine **ähnliche Struktur wie Art. 1**. Formuliert wird nämlich zum einen eine Pflicht der Mitgliedstaaten, die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen zu schützen (lit. a). Zum anderen haben sie sicherzustellen, dass der Austausch personenbezogener Daten zwischen den zuständigen Behörden in der Union nicht aus Gründen, die mit dem Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten verbunden sind, eingeschränkt oder verboten wird (lit. b); dies entspricht der Binnenmarkt Komponente in Art. 1 Abs. 3. Die J1-Richtlinie schreibt ausdrücklich nur eine Mindestharmonisierung vor, lässt also nach Art. 1 Abs. 3 strengere Regelungen der Mitgliedstaaten zum Schutz der personenbezogenen Daten zu.

III. Systematik und systematische Stellung

Von der **Systematik** her ist die Vorschrift unglücklich aufgebaut. Diese bringt das grundlegende **Spannungsverhältnis** der Normierung datenschutzrechtlicher Regelungen im europäischen Binnenmarkt zum Ausdruck. Während Abs. 1 die zentrale Ausgleichsklausel enthält, wonach beide Ziele verfolgt werden, benennen Abs. 2 und 3 diese überhaupt erst: Schutz personenbezogener Daten einerseits und Schutz des freien Verkehrs dieser Daten andererseits. Die Anordnung der Absätze gibt diese Systematik nur annähernd präzise wieder; eine Umkehrung der Absätze in der Abfolge hätte mehr Deutlichkeit gehabt. Zudem lässt sich Abs. 1 auch eine allgemeine Aussage über das Verhältnis des Datenschutzgrundrechts zu anderen Rechten entnehmen.

Zielkonflikte sind angesichts mehr als eines Ziels der DS-GVO **unvermeidlich, aber nicht in jedem Einzelfall zwingend**.⁴⁶ Beide Zwecksetzungen können ähnliche Ergebnisse bewirken und

43 *Kübling/Martini* EuZW 2016, 448 (449).

44 Noch eingeschränkter *Roßnagel/Roßnagel*, Europ. DS-GVO, § 1 Rn. 26 („Ko-Regulierung“) bzw. 51 („Nebeneinander“).

45 *Benecke/Wagner* DVBl. 2016, 600 (insbes. 604).

46 Vgl. dazu auch bei *Sydow/Marsch/Sydow* DS-GVO Art. 1 Rn. 20 ff. sowie bei *Taeger/Gabel/Schmidt* DS-GVO Art. 1 Rn. 10 ff.

somit gleichlaufen.⁴⁷ Dies war von Anfang an im europäischen Datenschutzrecht mitgedacht,⁴⁸ zumal es der Binnenmarktcompetenz des damaligen Art. 100a EGV bedurfte, um die DSRL überhaupt verabschieden zu können (→ DS-GVO Einl. Rn. 142).⁴⁹ Die Zielsetzungen bedingen einander häufig, etwa wenn Datenschutzrecht verhindert, dass einzelne Unternehmen sich für umfassende Datensammlungen und -auswertungen Wettbewerbsvorteile gegenüber Wettbewerbern verschaffen, weil diese strengeren Vorschriften unterliegen oder ihnen gegenüber durchgesetzt werden.⁵⁰ Zudem erfolgt eine Stärkung des Binnenmarkts (und auch der Teilhabe an den weltweiten Entwicklungen) im Bereich von Informations- und Kommunikationstechnologie iwS gerade durch das normative Ziel eines einheitlichen Datenschutzes, das gemeinschaftlich verwirklicht wird.⁵¹ Zwingend ist allerdings der Einsatz des Datenschutzrechts zur Verwirklichung des Binnenmarkts entgegen EG 10 nicht: Ein Wettbewerb unter Bedingungen eines **level-playing-field** in einem gemeinsamen Binnenmarkt könnte grds. auch durch eine Ausrichtung am kleinsten gemeinsamen Nenner des Datenschutzrechts oder sogar durch einen Verzicht auf datenschutzrechtliche Vorschriften bewirkt werden.

- 22 In der Folge werden die unter den Bedingungen eines einheitlichen Datenschutzes entwickelten Produkte, Dienste und Techniken möglicherweise sogar mittelbar zu einer weiteren Stärkung des EU-Markts in der **Globalisierung** beitragen. Denn die Rechtsbedingungen des vereinheitlichten europäischen **Marktes für datenschutzgerechte Datenverarbeitungen** führen dazu, dass sich die europäischen Vorstellungen gegenüber den Globalisierungstendenzen im Informationsmarkt besser behaupten können, da der Datenschutz für außereuropäische Unternehmen nunmehr, wegen des neu eingeführten Marktortprinzips (→ DS-GVO Art. 3 Rn. 4, 42 ff.), eine bedeutende Rolle spielt.
- 23 Daher ist die Betonung, etwa in EG 10 S. 1, unverzichtbar, dass das Ziel des europäischen Datenschutzrechts ein **gleichmäßiges und gleichzeitig ein hohes Datenschutzniveau** ist; iVm diesem EG ergibt sich dies auch aus Art. 1 Abs. 2.⁵² Die Verwirklichung eines hohen Schutzniveaus darf zwar nicht dazu führen, dass datenschutzrechtliche Erwägungen vorgeschoben werden, um den Binnenmarkt zu beschränken. Aber das primäre und vorrangige Ziel (→ Rn. 29 ff.) ist dieses **hohe Datenschutzniveau**.
- 24 Art. 1 steht in einem engen Zusammenhang mit dem unionsrechtlichen (Art. 2 Abs. 2 lit. a und b, Abs. 3), sachlichen (Art. 2 Abs. 2 lit. d), technischen (Art. 2 Abs. 1), persönlichen (Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 lit. c) und räumlichen (Art. 3) **Anwendungsbereich** der DS-GVO, denn nur wenn dieser eröffnet ist, können die Ziele und Zwecke überhaupt Berücksichtigung finden. So gilt das Verbot der Einschränkungen des Datenverkehrs in Abs. 3 nur insoweit als die DS-GVO anwendbar ist, und auch die familiäre und persönliche Verarbeitung hat sich nicht an den Regelungen der DS-GVO, sondern an etwaigen nationalen Bestimmungen zB des Persönlichkeitsrechts sowie – iRd im einzelnen umstrittenen Drittwirkung⁵³ – an Art. 7 und 8 GRCh und am nationalen Verfassungsrecht auszurichten. Unverändert können die Mitgliedstaaten also im Bereich fehlender Kom-

47 Gola/Heckmann/Pöiters DS-GVO Art. 1 Rn. 5.

48 Vgl. *Dammann/Simitis* DatenschutzRL Art. 1 Rn. 1; krit. Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 2f., der die Formulierung in Art. 1 Abs. 1 als misslungen ansieht und das Verhältnis der beiden Ziele nicht als antagonistisch betrachtet, sondern als instrumentell.

49 S. auch Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 17; BeckOK DatenschutzR/Schantz DS-GVO Art. 1 Rn. 2; Simitis/Simitis BDSG Einl. Rn. 213; *Brühann* EuZW 2009, 639 (640). Da dieses Problem mit der Einführung von Art. 16 Abs. 2 AEUV nicht mehr besteht, hält Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 26 für die DS-GVO eine Regelung wie in Abs. 3 sogar insgesamt für überflüssig.

50 Deutlich so auch EuGH – C-252/21, ZD 2023, 664.

51 Zu eng nur darauf ausgerichtet Sydow/Marsch/Sydow DS-GVO Art. 1 Rn. 4.

52 Diese Auslegung von Art. 1 Abs. 2 wird betont von EuGH – C-184/20, ZD 2022, 611 Rn. 61; EuGH – C-34/21, ZD 2023, 391 Rn. 54; EuGH – C-645/19, ZD 2021, 570 Rn. 45; EuGH – C-60/22, ZD 2023, 606 Rn. 64.

53 Zur Drittwirkung von Art. 7, 8 GRCh *Marsch*, Das europäische Datenschutzgrundrecht, S. 247 ff. Gola/Heckmann/Pöiters DS-GVO Art. 1 Rn. 20 spricht von einer gesetzlich angeordneten unmittelbaren Drittwirkung, weil die Rechtfertigungstatbestände des Datenschutzrechts nicht nur für staatliche Stellen gelten, sondern Privatpersonen als Verantwortliche ebenso binden.

petenzen der EU eigenständige Regelungen treffen, die lediglich ihrem eigenen **Verfassungsrecht** genügen müssen. Im Bereich der Verteidigung bspw. führt dies bei Datenverarbeitungen dazu, dass nur die vom BVerfG aufgestellten Grundsätze zu beachten sind, auch wenn diese durchaus in Teilen mit den Grundsätzen der DS-GVO, wenn auch nicht in den Details, übereinstimmen. So kann man aus Art. 1 Abs. 1 iVm Art. 2 Abs. 1 GG ableiten, dass ein grds. Auskunftsrecht des Soldaten über ihn betreffende Daten besteht, das durch die Interessen der militärischen Sicherheit vielfach, aber eben nicht immer, eingeschränkt sein wird, während andererseits eine Informationspflicht iSv Art. 13 DS-GVO gar nicht erst besteht, weil sich eine solche im Gegensatz zum Auskunftsrecht aus dem Grundgesetz bisher nicht unmittelbar ableiten lässt und die DS-GVO nicht einschlägig ist.

Ist die DS-GVO anwendbar, sind die Ziele und Zwecke des Art. 1 eingebettet in ein **gesamteuropäisches Datenschutzrechtsregime**. Auch deshalb kann trotz des Anspruchs der Vollharmonisierung⁵⁴ kaum von einem umfassenden Datenschutzrecht durch die DS-GVO gesprochen werden (→ Rn. 6 ff.). Dazu gehört neben den Vorschriften der GRCh auch der sonstige europa- und völkerrechtliche Rahmen (→ DS-GVO Einl. Rn. 91 ff.), also insbes. auch über Art. 6 Abs. 3 EUV und Art. 52 Abs. 3 GRCh die **EMRK** mit ihren datenschutzrechtlichen Präzisierungen (→ DS-GVO Einl. Rn. 95 ff.) sowie die **J1-Richtlinie** (→ Rn. 19; → DS-GVO Einl. Rn. 244 ff.). Künftig wird, wenn sie denn verabschiedet wird, dazu auch die **ePrivacyVO** zählen.

IV. Ausgleich verschiedener Rechtspositionen (Abs. 1)

Abs. 1 ist zu verstehen als **Ausgleichsnorm** zwischen dem Schutz personenbezogener Rechte einerseits (→ Rn. 3 f., 37 ff.) und womöglich entstehenden Konflikten mit dem Binnenmarktziel (→ Rn. 5, 42 ff.) andererseits.⁵⁵ Gleichzeitig steht dahinter eine allgemeine Aussage über das Verhältnis des Schutzes personenbezogener Daten und anderen, womöglich im Einzelfall oder auch generell entgegenstehenden Rechten. **Zielkonflikte sind möglich, aber nicht zwingend** (→ Rn. 21). Diese enge Verflechtung beider Ziele des Abs. 2 und Abs. 3 spiegelt sich auch konsequent wider in den Aufgaben der Aufsichtsbehörden (Art. 51 Abs. 1), wobei dort sogar positiv von einer „Erleichterung“ des freien Datenverkehrs die Rede ist. Ihnen obliegt der Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten sowie des freien Datenverkehrs und dessen Erleichterung.⁵⁶

Im **Verhältnis** zueinander besteht zwischen den beiden Kern-Zielen und -Zwecken ein gewisser, aber nicht absoluter **Vorrang des Schutzes der personenbezogenen Daten**.⁵⁷ Dieser gilt auch gegenüber anderen Rechtspositionen. Dies ergibt sich – **auch im Verhältnis zu anderen Rechten** – aus den im Primärrecht zum Tragen kommenden Bedeutungen des Datenschutzrechts, zudem aus der Historie und nicht zuletzt aus der Zielrichtung der DS-GVO selbst, wie sie bspw. den EG zu entnehmen ist (→ Rn. 29 ff.).

Datenschutz ist dabei nicht etwa per se ein Hinderungsgrund für freien Datenverkehr: Er ist offen für Datenverarbeitungen und schafft sogar eine rechtliche Grundlage dafür. Er ist gerade nicht darauf gerichtet, Daten prinzipiell zu entziehen, und er ermöglicht der betroffenen Person auch nicht, jegliche Daten über sie selbst anderen in jedem Fall vorzuenthalten. Hier kann die Aussage des BVerfG gedanklich als Grundverständnis des Datenschutzes fortgelten: Der Mensch „ist [...]

54 Diesen stützt der EuGH auf Art. 1 Abs. 1 (iVm EG 9, 10 und 13), s. EuGH – C-319/20, ZD 2022, 384 Rn. 57; EuGH – C-34/21, ZD 2023, 391 Rn. 51.

55 Vgl. dazu auch *Engeler* NJW 2022, 3398.

56 *Ehmann/Selmayr/Zerdick* Art. 1 Rn. 5.

57 So auch *Simitis/Simitis* BDSG § 1 Rn. 28 für das nationale Recht mwN, insbes. Bezugnahme auf die einschlägigen Entscheidungen des BVerfG. Ähnlich *DWWS/Weichert* DS-GVO Art. 1 Rn. 8a; *Kuner/Bygrave/Docksey/Drechsler/Hijmans* Art. 1 C. 3., S. 56; *Gola/Heckmann/Pötters* DS-GVO Art. 1 Rn. 6; *aA Kühling/Buchner/Buchner* DS-GVO Art. 1 Rn. 1; *Auernhammer/v. Lewinski* DS-GVO Art. 1 Rn. 4; Gleichrangigkeit; zu starke Betonung der Grundfreiheiten zB bei *Kremer/Kamm* CR 2022, 427 (430). *Sydow/Marsch/Sydow* DS-GVO Art. 1 Rn. 7 hält die ausdrückliche Regelung in Art. 1 Abs. 1 für „schlicht überflüssig“, da das Ziel eines freien Datenverkehrs bereits durch die Existenz der DS-GVO und ihrer Sperrwirkung gegenüber nationalem Recht erreicht werde.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- 1. BDSG-ÄndG *DS-GVO* **Einl.** 320b
- 1. BDSG-ÄndG-E *BDSG* **1 37**, 41
- Abberufung
 - Vereinbarkeit mit DS-GVO *BDSG* **6 7**
- Abberufung des Datenschutzbeauftragten
 - DS-GVO* **37 30**, 38, 56 ff., 61 ff., 75 f.
 - Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **37 63**, 75
 - Verbot der *DS-GVO* **38 40**, 42
 - Verletzung der Vertraulichkeit/Geheimhaltung *DS-GVO* **38 56**
- Abfall *DS-GVO* **6 Abs. 1 75**
- Abfragen
 - Verarbeitung *DS-GVO* **4 Nr. 2 23**
- Abgabenordnung *DS-GVO* **6 Abs. 2 36**, **6 Abs. 3 26**, **6 Abs. 4 30**
- Abgeordneter *BDSG* **2 12**
 - Datenschutzbeauftragter *BDSG* **5 3 ff.**
- Abgleich *DS-GVO* **4 Nr. 2 27**
- Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten *DS-GVO* **1 6 ff.**
 - Anti-Diskriminierung *DS-GVO* **1 32**
 - bereichsspezifische Regelungen *DS-GVO* **Einl.** 50, 339 f.
 - EMRK *DS-GVO* **1 25**, 39, **23 19**, **30 11**
 - ePrivacyVO und ePrivacyRL *DS-GVO* **Einl.** 252 ff., **1 6**, 25, 7 106 f., **95 1**, 28 f., **98 13 ff.**
 - GRCh *DS-GVO* **Einl.** 164 ff., **1 25**, 29, 32 f., 37 ff.
 - Grundrechte *DS-GVO* **1 30 ff.**
 - Informationsrecht *DS-GVO* **Einl.** 283, **1 8**, **12 4**
 - JI-Richtlinie *DS-GVO* **Einl.** 244 ff., **1 19**, 25
 - Landesrecht *DS-GVO* **Einl.** 321 ff.
 - Strafrecht *DS-GVO* **83 5**, **84 1 ff.**
 - Telekommunikationsrecht *DS-GVO* **1 6**, 38, **63 6**, **95 18 ff.**
 - Urheberrecht *DS-GVO* **1 8**, **23 37**
 - Verfassungsrecht *DS-GVO* **Einl.** 34, 268, **1 24**, 41, **4 Nr. 11**, **6 Abs. 3 21 f.**, **23 13**
 - Vorrang des Datenschutzes *DS-GVO* **Einl.** 37, 127 ff.
- Abhängigkeit *DS-GVO* **5 43**, **25 77 f.**
- Abhilfebefugnisse
 - angemessene Frist *BDSG* **16 2**
 - Anhörungsverbot *BDSG* **16 2**
 - Beanstandung *BDSG* **16 6**
 - Fach- oder Rechtsaufsichtsbehörde *BDSG* **16 2**
 - keine Verwaltungsaktqualität *BDSG* **16 6**
 - nationale Sicherheitsinteressen *BDSG* **16 2**
 - Oberste Bundesbehörde *BDSG* **16 6**
 - öffentliches Interesse *BDSG* **16 2**
 - sonstige Mängel *BDSG* **16 6**
 - überragende Gemeinschaftsinteressen *BDSG* **16 2**
 - Unerheblichkeit *BDSG* **16 6**
 - Warnung *BDSG* **16 6**
 - wirksame Abhilfebefugnisse *BDSG* **16 6**
 - zwingendes öffentliches Interesse *BDSG* **16 2**
- Abhilfebefugnisse des BfDI *DS-GVO* **57 5**
- Abhörmaßnahmen *DS-GVO* **6 Anh. 3 34**, **13 6**
- Abkommen Zahlungsverkehrsdaten *DS-GVO* **96 8**
- Ablehnung
 - Verhaltensregeln, durch EDSA *DS-GVO* **40 62 f.**, 76
- Ablehnungsgründe
 - abschließende Aufzählung, Begründungspflicht *BDSG* **82 7**
- Ableiten
 - Kennziffer *DS-GVO* **87 22**
- Abmahn-Geschäftsmodelle *DS-GVO* **80 9**, **82 32**
- Abmahnung, Löschung Personalakte *BDSG* **26 142**
- Abonnenten *DS-GVO* **12 18**
 - Verwaltung von Abonnentendaten keine journalistische Tätigkeit *DS-GVO* **85 16**
- Abrechnung
 - sensible Daten *DS-GVO* **9 82**
- Abrechnungsstellen *DS-GVO* **90 21**
- Absehen von der Auskunftserteilung *BDSG* **57 33 ff.**, 39 f.
- Abstimmung
 - Aufsichtsbehörden *DS-GVO* **63 27 f.**
 - EDSA *DS-GVO* **63 27 f.**
 - Kohärenzverfahren *DS-GVO* **63 27 f.**
- Abstraktion
 - Bestimmtheit *DS-GVO* **Einl.** 302
- Abtretbarkeit eines Schadensersatzanspruchs *DS-GVO* **82 7**

- Abtretung *DS-GVO* **6 Abs. 1** 24, 32
- Drittlandsübermittlung *DS-GVO* **49** 40
 - Inkasso *DS-GVO* **6 Abs. 1** 127
 - Verkauf notleidender Forderungen *DS-GVO* **6 Abs. 1** 127
- Abwägung *BDSG* **25** 27; *DS-GVO* **Einl.** 46, 187, 214, **5** 35, **25** 37 ff., **85** 20, **6 Einf.** 10
- Dreieckskonstellation *DS-GVO* **1** 29
 - Grundrechte *DS-GVO* **Einl.** 230
 - Information der Betroffenen *DS-GVO* **13** 10
 - Rspr. des EGMR *DS-GVO* **Einl.** 169 f.
 - Rspr. des EuGH *DS-GVO* **Einl.** 175 f.
- Abwägung EDSA
- Rechte anderer *DS-GVO* **70** 12
- Abwasser *DS-GVO* **6 Abs. 1** 75
- Abweichungen, Ausnahmen
- von Regelungen der *DS-GVO* *DS-GVO* **85** 1 ff.
- Abweichungen von *DS-GVO*
- Aufsichtsbehörde, Anwendungsbereich *BDSG* **46** 4
- Abweichungen von *JI-Richtlinie*
- Auflistung, besondere Kategorien, Einwilligung *BDSG* **46** 2 f.
- Accountability s. Rechenschaftspflicht
- Active Sourcing *DS-GVO* **14** 7
- Adhäsionsverfahren
- sensible Daten *DS-GVO* **9** 63 f.
- Ad-Hoc-Netze *DS-GVO* **5** 187, **98** 16
- Ad-hoc-Vertragsklauseln *DS-GVO* **46** 73 f.
- Administrative Aufgaben
- Kohärenzverfahren *DS-GVO* **74** 2
- ADPC *DS-GVO* **25** 9, **65**
- Adressat
- Aufsichtsbehörden *DS-GVO* **1** 10
 - Auftragsverarbeiter *BDSG* **64** 3, **68** 2 f.; *DS-GVO* **1** 10
 - Berechtigung, Datenschutzaufsichtsbehörden anderer Mitgliedstaaten *BDSG* **82** 3
 - Betroffene *DS-GVO* **1** 10
 - direkte Anwendung *BDSG* **68** 2 f.
 - *DS-GVO* *DS-GVO* **Einl.** 345
 - Klage gegen Auftragsverarbeiter *DS-GVO* **79** 13
 - Klage gegen Verantwortliche *DS-GVO* **79** 13
 - richtlinienkonforme Auslegung *BDSG* **68** 2 f.
 - Verantwortliche *BDSG* **64** 3, **68** 2 f.; *DS-GVO* **1** 10
 - Verantwortlichkeit *BDSG* **65** 4
- Adressbuch *DS-GVO* **2** 28, **14** 3, **15** 7, **85** 15
- Information der Betroffenen *DS-GVO* **14** 20
- Adresshandel *DS-GVO* **6 Abs. 1** 130, **6 Anh.** 3 1 ff., 8, **21** 34
- Bundesmeldegesetz *DS-GVO* **6 Anh.** 3 13
- AGB *BDSG* **31** 48 f.; *DS-GVO* **6 Abs. 1** 29 f., **28** 51, **49** 13
- Einwilligungsersuchen *DS-GVO* **7** 79
 - Information der Betroffenen *DS-GVO* **13** 4
- AGB-Kontrolle *DS-GVO* **6 Abs. 1** 22
- Einwilligung *DS-GVO* **6 Abs. 1** 30
 - Vertragserfüllung *DS-GVO* **6 Abs. 1** 27, 29 f.
- Agentur für Arbeit *BDSG* **26** 71
- Aggregation *DS-GVO* **6 Abs. 4** 61
- zur Anonymisierung *DS-GVO* **4 Nr. 5** 58, **11** 34
- Agrarbeihilfe *DS-GVO* **4 Nr. 1** 73
- Ahndung
- Abgrenzung zu anderen Normen, Sanktionierung, Unionsrecht *BDSG* **45** 27
- Akkreditierung *DS-GVO* **46** 63, **57** 47, **70** 14
- Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **57** 46 ff.
 - Befugniserteilung *BDSG* **39** 7
 - Begriff *DS-GVO* **43** 3
- Akkreditierungsanforderungen *DS-GVO* **70** 14
- Veröffentlichung durch EDSA *DS-GVO* **43** 28
- Akkreditierungsanspruch *DS-GVO* **43** 22 f.
- Akkreditierungsausschuss *BDSG* **39** 12
- Akkreditierungspflicht *BDSG* **39** 8
- Akkreditierungsstelle
- nationale *DS-GVO* **43** 6
- Akkreditierungsverfahren *BDSG* **39** 13
- Akkreditierungsverordnung *BDSG* **39** 4 ff.
- Akkreditierung von Überwachungsstellen
- Ablehnung *DS-GVO* **41** 32
 - Befristung *DS-GVO* **41** 14
 - EDSA *DS-GVO* **64** 20
 - Ermessen *DS-GVO* **41** 15
 - Kohärenzverfahren *DS-GVO* **64** 20
 - Kriterien *DS-GVO* **41** 25
 - Stellungnahmeverfahren *DS-GVO* **64** 20
 - Verfahren *DS-GVO* **41** 13
 - Voraussetzungen *DS-GVO* **41** 16, 26
 - Widerruf *DS-GVO* **41** 4, 14, 23, 32
- Akkreditierung von Zertifizierungsstellen *DS-GVO* **43** 1 ff., **58** 63
- Akkreditierungsstellen *DS-GVO* **43** 5 ff.
 - Anforderungen *DS-GVO* **43** 9 ff., 19 ff.

- EDSA *DS-GVO* **64** 20
- Gültigkeit *DS-GVO* **43** 25
- Kohärenzverfahren *DS-GVO* **64** 20
- Widerruf *DS-GVO* **43** 30 f.
- Zuständigkeit *DS-GVO* **43** 5 ff.
- Akte *DS-GVO* **4 Nr. 6** 7 f., **17** 12
- elektronische *DS-GVO* **2** 15 f., **4 Nr. 6** 12
- Papier *DS-GVO* **2** 15, **4 Nr. 6** 12
- unstrukturierte *DS-GVO* **2** 16
- Akteneinsicht *BDSG* **1** 31, **25** 23;
DS-GVO **12** 20, **15** 17, 28
- Aktenöffentlichkeit *DS-GVO* **Einl.** 27
- Aktenvollständigkeit *DS-GVO* **16** 8
- Aktenzeichen *DS-GVO* **87** 14
- Aktienrecht *DS-GVO* **28** 24
- Aktualität der Daten *BDSG* **74** 5;
DS-GVO **5** 139
- Aktualität und Richtigkeit
- Aussagekraft, Verlässlichkeit, Differenzierung *BDSG* **73** 2
- Akustische Überwachung
DS-GVO **6 Anh. 1** 30
- Arbeitnehmer *BDSG* **26** 106
- Beschäftigte *DS-GVO* **88** 11
- Akzessorietät
- Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen im Medienbereich *DS-GVO* **85** 28
- Alexa *DS-GVO* **13** 5
- Algorithmen *DS-GVO* **4 Nr. 4** 9, **5** 173, **15** 25, **16** 20, **17** 38, **22** 3, 8 f., 11 f.
- Datenschutz-Folgenabschätzung *DS-GVO* **35** 35
- Erklärbarkeit von *DS-GVO* **15** 25
- Forschung *DS-GVO* **89** 18, 26
- Personenbezug *BDSG* **31** 22
- selbstlernende *DS-GVO* **Einl.** 343 f., **4 Nr. 4** 11, **5** 30
- Transparenz von *DS-GVO* **15** 25
- Algorithmische Systeme *DS-GVO* **22** 9
- Auswirkungen auf die Menschenrechte *DS-GVO* **13** 17
- Algorithmus
- Offenlegung *DS-GVO* **22** 59
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
DS-GVO **Einl.** 165
- Allgemeine Geschäftsführung *DS-GVO* **74** 3
- Allgemeine Ordnungsbehörden
- Anwendbarkeit, Gefahrenabwehr *BDSG* **45** 23
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht
DS-GVO **Einl.** 29 f., **17** 34, **85** 36
- Allgemeininteresse
- überwiegendes *DS-GVO* **Einl.** 46 f.
- Alltagsgegenstände
- datenverarbeitende *DS-GVO* **5** 62
- Altenheime
- kirchliche *DS-GVO* **91** 8
- Alter *DS-GVO* **6 Abs. 1** 115
- Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **54** 6
- Altersgrenze *DS-GVO* **8** 2 ff.
- Abweichungsmöglichkeit *DS-GVO* **8** 5
- anwendbares Recht *DS-GVO* **8** 22
- Dienste der Informationsgesellschaft
DS-GVO **8** 13 ff.
- Einzelfallbeurteilung *DS-GVO* **8** 6
- Erreichen der *DS-GVO* **8** 28
- historische Entwicklung *DS-GVO* **8** 5
- nationale Regelungen *DS-GVO* **8** 22 ff.
- Überschreiten *DS-GVO* **8** 4
- UN-Kinderrechtskonvention
DS-GVO **57** 20
- Untergrenze *DS-GVO* **8** 12
- Verhältnis zum Vertragsrecht
DS-GVO **8** 31 f.
- Verstoß *DS-GVO* **8** 17 ff.
- Zweck *DS-GVO* **8** 4, 10, 16
- Altersverifikation *DS-GVO* **8** 14, 17 ff., **25** 45
- delegierte Rechtsakte *DS-GVO* **8** 20
- Freiheit des Datenverkehrs *DS-GVO* **8** 18
- Obliegenheit *DS-GVO* **8** 21
- Sanktionierung *DS-GVO* **8** 18
- Sorgfaltsmaßstab *DS-GVO* **8** 18 ff.
- Ambient Assisted Living *DS-GVO* **6 Abs. 4** 37
- Amerikanische Gerichte *DS-GVO* **96** 8
- Amtliche Dokumente *DS-GVO* **86** 15 ff.
- Amtliche Statistik s. Statistik
- Amtsbezüge
- BfDI *BDSG* **12** 6
- Amtsblatt der EU *DS-GVO* **97** 5
- Amtsenthörung
- Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **53** 8
- BfDI *DS-GVO* **53** 11 ff.
- Rechtsfolgen *DS-GVO* **53** 13
- schwere Verfehlung *DS-GVO* **53** 12
- Amtsgeheimnis *BDSG* **1** 26 ff., **31**, **16** 11, **24** 16, **25** 21; *DS-GVO* **13** 18, **14** 25
- Amtshaftung s. Staatshaftung
- Datenschutzbeauftragter *DS-GVO* **39** 54
- Amtshilfe *BDSG* **1** 32, **25** 16; *DS-GVO* **50** 10, **55** 13, **93** 4
- Abbau von Sprachbarrieren *DS-GVO* **61** 8
- Ablehnung des Ersuchens *DS-GVO* **61** 15, 17

- anonymisierte Daten *DS-GVO* **61 16**
- Ausstattung *DS-GVO* **52 15**
- Austausch von Informationen *DS-GVO* **61 1**
- Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse *DS-GVO* **61 16**
- Binnenmarktinformationssystem *DS-GVO* **61 18**
- Durchführungsrechtsakt *DS-GVO* **61 21**
- einstweilige Maßnahmen *DS-GVO* **61 12**
- Ermittlungsergebnisse *DS-GVO* **61 9**
- Flexibilisierung *DS-GVO* **61 18**
- Gebührenfreiheit *DS-GVO* **61 19**
- geeignete Maßnahmen *DS-GVO* **61 10**
- Informationshilfe *DS-GVO* **61 7**
- keine Geldbußen *DS-GVO* **61 9**
- keine Registerpflicht *DS-GVO* **61 6**
- kein Ermessen *DS-GVO* **61 6**
- keine Vollstreckungsmaßnahmen *DS-GVO* **61 9**
- kein Grund für Datenübermittlungen *DS-GVO* **Einl. 40**
- Kirche und Staat *DS-GVO* **91 30**
- Kohärenzverfahren *DS-GVO* **61 11**
- Konsultation *DS-GVO* **61 9**
- Kostenfreiheit *DS-GVO* **61 19**
- Monatsfrist *DS-GVO* **61 10**
- personenbezogene Informationen *DS-GVO* **61 16**
- Prüfung des Amtshilfeersuchens *DS-GVO* **61 14**
- qualifiziertes Personal *DS-GVO* **61 8**
- standardisierter Austausch *DS-GVO* **61 8**
- technische Infrastruktur *DS-GVO* **61 8**
- Unterlassen, Dringlichkeitsverfahren *DS-GVO* **66 11**
- Unverzüglichkeit *DS-GVO* **61 10**
- verpflichtende Hilfestellung *DS-GVO* **61 6**
- Vorkehrungen *DS-GVO* **61 8**
- wechselseitigen Informationsfluss *DS-GVO* **61 18**
- Zeitdauer der Amtshilfe *DS-GVO* **61 17**
- Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **61 15**
- Zweck der Amtshilfeleistung *DS-GVO* **61 14**
- zweckgebundene Informationen *DS-GVO* **61 13**
- Amtshilfeersuchen
 - BfDI, Anforderungen, Zweckbindung *BDSG* **82 13**
 - Amtshilfe und Gemeinsame Maßnahmen
 - Durchführung von Untersuchungen *DS-GVO* **60 9**
 - Amtssprache
 - Verarbeitungsverzeichnis *DS-GVO* **30 41**
 - Amtsträger *DS-GVO* **54 12**
 - Amtszeit Stellvertreter EDSA *DS-GVO* **73 4**
 - Amtszeit Vorsitz EDSA
 - Wiederwahl *DS-GVO* **73 4**
 - Analoge Anwendung *BDSG* **21 6 ff.**
 - Analyse *DS-GVO* **4 Nr. 5 34**
 - Andere Stellen *BDSG* **2 37 ff.**
 - Kirchen *BDSG* **2 38**
 - kleine Religionsgemeinschaften *BDSG* **2 39**
 - Andere Verstöße
 - nationales Recht *DS-GVO* **83 41**
 - Andorra *DS-GVO* **45 30**
 - Anerkannte Regeln der Technik *DS-GVO* **32 27**
 - Anerkennung ausländischer Gerichtsentscheidungen *DS-GVO* **48 4**
 - Anfechtung *BDSG* **21 27, 29 f.;** *DS-GVO* **6 Abs. 1 18**
 - automatisierte Einzelfallentscheidung *DS-GVO* **22 68**
 - Anfechtung des Beschlusses
 - teilweise Beschwerdeablehnung *DS-GVO* **60 26**
 - teilweise Beschwerdeabweisung *DS-GVO* **60 26**
 - Anfechtungsklage *DS-GVO* **78 19**
 - Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **78 5**
 - Dringlichkeitsverfahren *DS-GVO* **66 27**
 - EDSA *DS-GVO* **65 54**
 - Streitbeilegungsverfahren *DS-GVO* **65 54**
 - Anfertigung von Stellungnahmen *DS-GVO* **58 58**
 - aufsichtsbehördliche Warnhinweise *DS-GVO* **58 60**
 - Informations- und Kommunikationstechnologie *DS-GVO* **58 60**
 - nationale Parlamente *DS-GVO* **58 59**
 - Öffentlichkeit *DS-GVO* **58 59**
 - Sachlichkeitsgebot *DS-GVO* **58 60**
 - technische Entwicklungen *DS-GVO* **58 57 ff.**
 - Anforderungen
 - Festlegung interessengerechter Vorschriften, Datentrennung, diskriminierende Nebeneffekte *BDSG* **72 6**
 - Strukturierung von Datensammlungen, Transparenz, Rechtsfolgen *BDSG* **73 1**

- Anforderungen an die Datenqualität
BDSG 72 5
- Anforderungen an klageberechtigte Verbände
- Gemeinnützigkeit *DS-GVO 80 8*
 - Gewinnerzielungsabsicht *DS-GVO 80 8 f.*
 - Organisationsform *DS-GVO 80 8*
 - Verbandsziele *DS-GVO 80 8*
 - wirksame Gründung *DS-GVO 80 8*
- Anfrage
- Aufsichtsbehörde *DS-GVO 57 59*
 - Exzessiv *DS-GVO 57 59*
 - Unbegründetheit *DS-GVO 57 58*
- Angabe
- Rechtsgrundlage, Rechtmäßigkeitskontrolle *BDSG 70 10*
- Angaben über strafbare Handlungen
DS-GVO 16 8
- Angebotserfüllung *DS-GVO 6 Abs. 1 42*
- Angelegenheiten mit allgemeiner Geltung
- Beispiele *DS-GVO 64 30*
 - Stellungnahmeverfahren *DS-GVO 64 27 ff.*
- Angemessene Maßnahmen *DS-GVO 22 73*
- Angemessenes Datenschutzniveau
DS-GVO Einl. 92, 295, 1 47, 93 4 f., 97 6
- Datenschutzkonvention *DS-GVO Einl. 110*
 - Europäische Kommission *DS-GVO 52 4*
 - UK *DS-GVO 23 16*
 - Umbrella Agreement *DS-GVO 45 33*
- Angemessenheitsbeschluss *BDSG 21 5, 24, 78 16 ff., 80 4 ff.; DS-GVO 45 1 ff., 93 5*
- Angemessenheit *DS-GVO 45 7 ff.*
 - Anwendungsbereich *DS-GVO 45 4 ff.*
 - Aufsichtsbehörden *DS-GVO 45 36 ff.*
 - Befugnisse ausländischer Behörden *DS-GVO 45 15 f.*
 - Begründungspflicht *DS-GVO 45 8, 22*
 - Beschwerde *DS-GVO 77 7*
 - bisherige Angemessenheitsbeschlüsse *DS-GVO 45 30 f., 34 f.*
 - Datenschutzaufsicht (im Drittland) *DS-GVO 45 18 ff.*
 - Erlass von *DS-GVO 45 21 ff.*
 - EU-US Data Privacy Framework *DS-GVO 45 4*
 - Japan *DS-GVO 45 5*
 - Kanada *DS-GVO 45 4*
 - nationale Sicherheit *DS-GVO 45 15 f.*
 - Rechtsschutz gegen *DS-GVO 45 37, 41 ff.*
 - sektoraler *DS-GVO 45 4 ff., 13, 22*
 - Südkorea *DS-GVO 45 5*
 - Überprüfung, Pflicht zur *DS-GVO 45 23 f.*
 - Überwachungsbefugnisse *DS-GVO 45 15 f.*
 - Vereinigtes Königreich *DS-GVO 45 5*
 - Verfahren (zum Erlass) *DS-GVO 45 21 ff.*
 - Verhältnis zu geeigneten Garantien *DS-GVO 46 4*
 - Veröffentlichung *DS-GVO 45 29*
 - Widerruf *DS-GVO 45 25 ff.*
 - Wirkung *DS-GVO 45 6*
 - Zugriffsbefugnisse ausländischer Staaten *DS-GVO 45 15 f.*
- Angemessenheitsentscheidung *DS-GVO 21 18*
- Anhängigkeit *DS-GVO 81 29*
- Anhörung *BDSG 1 31; DS-GVO 40 66*
- Aufsichtsbehörde *DS-GVO 60 22*
 - Aufsichtsmaßnahmen *DS-GVO 58 70*
- Anlassbeurteilung von Beschäftigten
BDSG 26 168
- Anlassunabhängige Prüfungen
DS-GVO 90 23
- Anlaufstelle
- Informationspflicht *BDSG 63 8*
 - Verantwortlichkeit, gemeinsame *DS-GVO 26 27, 33 f.*
- Annexkompetenz *BDSG 3 19*
- Anonyme Daten *DS-GVO 4 Nr. 1 19 ff., 11 9, 20*
- Überprüfungspflicht *DS-GVO 4 Nr. 1 64*
- Anonyme Vergemeinschaftung
DS-GVO 5 149
- Anonymisierte Daten
- Amtshilfe *DS-GVO 61 16*
- Anonymisierung *BDSG 50 16; DS-GVO 4 Nr. 2 14, 20, 32, 4 Nr. 5 1 ff., 7, 9, 11 f., 19, 23 f., 30, 33, 45, 50, 54, 58 ff., 5 128, 132, 154 f., 6 Abs. 1 117, 124, 135, 11 3, 20 f., 33 f., 36 f., 12 24, 15 12, 25 4, 73, 35 36, 89 54 ff.*
- Anonymitätsmenge *DS-GVO 11 33*
 - Anonymitätsmodell *DS-GVO 11 33*
 - Datenschutzbeauftragter *DS-GVO 37 24*
 - digitaler Kommunikation *DS-GVO 4 Nr. 5 55, 59*
 - Ersatz für Löschung *DS-GVO 17 5*
 - Forschung *DS-GVO 9 96*
 - Generalisierung *DS-GVO 4 Nr. 5 54*
 - Methoden der *DS-GVO 4 Nr. 5 55*
 - Randomisierung *DS-GVO 4 Nr. 5 54*
 - Re-Identifizierung *DS-GVO 4 Nr. 5 34*
 - Statistik *DS-GVO 9 97*
 - strukturierter Daten *DS-GVO 4 Nr. 5 55 f.*
 - vermeintliche *DS-GVO 4 Nr. 5 61 f.*
 - von Texten *DS-GVO 4 Nr. 5 55*

- WhatsApp *DS-GVO* **4 Nr. 1** 71
- Anonymisierungstools *DS-GVO* **4 Nr. 5** 59
- Anonymität s. Anonymisierung
- Re-Identifizierung *DS-GVO* **4 Nr. 5** 34
- vermeintliche *DS-GVO* **4 Nr. 5** 61 f.
- Anonymitätsmenge *DS-GVO* **11** 33
- Anonymitätsmodell *DS-GVO* **11** 33
- Anordnungen *DS-GVO* **21** 55
- Anordnungen der sofortigen Vollziehung
 - Aufsichtsmaßnahmen *DS-GVO* **58** 73
- Anordnung nach Art. 58 Abs. 1 lit. g
 - Allgemeinwohlbelange *DS-GVO* **58** 47
 - Anordnung der Einschränkung einer Verarbeitung *DS-GVO* **58** 45 f.
 - Berichtigungsanordnung *DS-GVO* **58** 45 f.
 - große Zahl von Datensätzen *DS-GVO* **58** 46 f.
 - Gründe des Allgemeinwohls *DS-GVO* **58** 46
 - Löschanordnung *DS-GVO* **58** 45 ff.
 - Verantwortliche als Normadressaten *DS-GVO* **58** 48
 - Verhältnismäßigkeit *DS-GVO* **58** 47
 - Verhältnis zu Maßnahmen nach lit. c *DS-GVO* **58** 45
 - Verweis auf Art. 16, 17, 18 *DS-GVO* **58** 46
- Anordnung über den kirchlichen Datenschutz *DS-GVO* **91** 6
- Anpassung *DS-GVO* **4 Nr. 2** 21
- Anrufungsrecht *DS-GVO* **77** 2
- Anschrittdaten
 - Begriff *BDSG* **31** 39
 - Scoring *BDSG* **31** 38 ff.
 - Vertragserfüllung *DS-GVO* **6 Abs. 1** 36
 - Verzeichnis *DS-GVO* **2** 27
- Ansprechpartner
 - Aufsichtsbehörde *DS-GVO* **60** 1 ff.
- Anspruch
 - öffentlich-rechtliche *BDSG* **24** 18
 - rechtlicher *BDSG* **25** 29
 - zivilrechtlicher *BDSG* **24** 10, 17, **25** 10, 29
- Anspruchsberechtigung bei Schadensersatz *DS-GVO* **82** 8 f.
- Anspruchsgegner
 - Verantwortlicher, Betroffenenrechte *BDSG* **62** 7
- Anspruchsgegner bei Schadensersatz
 - Auftragsverarbeiter *DS-GVO* **82** 17 ff.
 - Verantwortliche *DS-GVO* **82** 17 ff.
- Anstalten
 - Begriff *BDSG* **2** 15
 - Beispiele *BDSG* **2** 16
- Anti-FISA-Klausel *DS-GVO* **48** 3
- Entstehungsgeschichte *DS-GVO* **Einl.** 218
- Antrag
 - auf Auskunftserteilung *BDSG* **57** 10
 - Stellungnahmeverfahren *DS-GVO* **64** 25 ff.
 - Streitbeilegungsverfahren *DS-GVO* **65** 23 ff.
- Antragsbefugnis *BDSG* **21** 12
 - Aufsichtsbehörde, Stellungnahmeverfahren *DS-GVO* **64** 26
 - EDSA *DS-GVO* **64** 26
 - KOM *DS-GVO* **64** 26
- Antragspflicht *BDSG* **21** 12
- Antragsrecht *BDSG* **21** 7
- Anwaltsgeheimnis *BDSG* **1** 28
- Anwaltskanzleien *DS-GVO* **90** 6
- Anweisung *DS-GVO* **11** 53, **32** 90
- Anweisungen Sekretariat *DS-GVO* **74** 3
- Anweisung zur Abstellung von Verstößen *DS-GVO* **58** 35
 - Anpassung des Verarbeitungsvorgangs *DS-GVO* **58** 36
 - Fristsetzung *DS-GVO* **58** 37
 - Weigerungshaltung *DS-GVO* **58** 38
- Anweisung zur Antragserledigung
 - Anspruch auf fehlerfreie Entscheidung *DS-GVO* **58** 34
 - Feststellung eines Verstoßes *DS-GVO* **58** 34
 - Verwaltungsakt *DS-GVO* **58** 33
- Anweisung zur Benachrichtigung *DS-GVO* **58** 39 f.
- Anwendbares Recht *DS-GVO* **85** 31
 - gemeinsame Maßnahmen *DS-GVO* **62** 11
- Anwendung der Vorschriften über Bußgeld- und Strafverfahren
 - Anwendungsvorrang des Unionsrechts *BDSG* **41** 4 ff.
 - Behörden und sonstige öffentliche Stellen *BDSG* **41** 11
 - Beweisverwendungsverbot *BDSG* **41** 29
 - Durchführung des europäisch-supranationalen Bußgeldrechts *BDSG* **41** 1
 - Einspruch *BDSG* **41** 22
 - Haftungserweiterung, OWiG *BDSG* **41** 14
 - Kritik *BDSG* **41** 8
 - materiellrechtlich *BDSG* **41** 2
 - Melloni-Doktrin *BDSG* **41** 6 f.
 - natürliche Personen *BDSG* **41** 13
 - Opportunitätsprinzip *BDSG* **41** 26
 - örtliche Zuständigkeit *BDSG* **41** 20
 - räumlicher Anwendungsbereich *BDSG* **41** 9

- Rechte und Verfahrensgarantien *BDSG* **41** 28
- Rechtsbeschwerde *BDSG* **41** 25
- Rechtsfolge *BDSG* **41** 17 f.
- sachliche Zuständigkeit *BDSG* **41** 19
- Selbstbelastungsfreiheit für Verbände *BDSG* **41** 30
- tauglicher Täter *BDSG* **41** 10 ff.
- unionsrechtskonforme Auslegung *BDSG* **41** 4 ff.
- Unternehmen *BDSG* **41** 12
- Untersuchungsbefugnisse *BDSG* **41** 27
- Verfahren erster Instanz *BDSG* **41** 24
- Verfahrensphasen *BDSG* **41** 21 ff.
- verfahrensrechtlich *BDSG* **41** 3
- Verfolgungsverjährung *BDSG* **41** 31
- Verschulden *BDSG* **41** 15 ff.
- Zusammentreffen mit strafrechtlichen Sanktionen *BDSG* **41** 32
- Anwendung DS-GVO *DS-GVO* **97** 10
- Anwendungsbereich *DS-GVO* **1** 24, **4** Nr. **1** 14, **15** 6 ff., **21** 8
 - *BDSG* **1** 3
 - *BDSG* dritter Teil *BDSG* **1** 6
 - *BDSG* Erweiterungen *BDSG* **1** 7
 - *BDSG* nationales Recht *BDSG* **1** 13
 - *BDSG* räumlich *BDSG* **1** 11
 - *BDSG* sachlich *BDSG* **1** 8, **14**
 - Behörden Tätigkeit, konkrete Tätigkeit, Zweck *BDSG* **45** 4
 - Datenverarbeitungszwecke *BDSG* **45** 21
 - des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung *DS-GVO* **Einl.** 38
 - des Unionsrechts *DS-GVO* **2** 20
 - E-Privacy *DS-GVO* **95** 1 ff.
 - Ermittlung, Aufdeckung, Verfolgung, Ahndung, Ordnungswidrigkeiten *BDSG* **45** 24 f.
 - gruppenspezifisches Trennungsgebot, erhöhte Bestimmtheitsanforderungen, Aktualität und Richtigkeit der Daten *BDSG* **72** 4 f.
 - JI-Richtlinie *DS-GVO* **Einl.** 244, 246
 - JI-Richtlinie, Umsetzung, StPO *BDSG* **45** 1
 - Markortprinzip (s. a. dort) *DS-GVO* **Einl.** 94
 - öffentliche Stellen, Definition *BDSG* **45** 17
 - Stellungnahmeverfahren *DS-GVO* **64** 11
 - Verhältnis zu anderen Normen *BDSG* **62** 1
 - Verteidigung *DS-GVO* **1** 24
- Anwendungsbereich der DS-GVO
 - Ausnahmen *BDSG* **1** 9
 - Anwendungsvorrang *BDSG* **1** 42;
DS-GVO **6** **Anh.** **1** 24, **15** 35
 - DS-GVO *DS-GVO* **7** 106
 - Videoüberwachung *DS-GVO* **6** **Anh.** **1** 4
 - Anwendungsvorrang der DS-GVO
DS-GVO **Einl.** 300, **13** 25, **14** 28 ff.
 - Anwendung VII. Kapitel *DS-GVO* **97** 7
 - Anzahl der Betroffenen
 - Information der Betroffenen
DS-GVO **14** 24
 - Anzeigenverwaltung *DS-GVO* **85** 16
 - Anzeige von Datenschutzverstößen
 - keine Bagatellgrenzen *BDSG* **40** 12
 - Anzeige von Straftaten
 - Interessenabwägung *DS-GVO* **6** **Abs.** **1** 101
 - Rechtsgrundlage *DS-GVO* **6** **Abs.** **1** 101
 - Apotheke *DS-GVO* **90** 12
 - Datenschutzbeauftragter *DS-GVO* **37** 29
 - sensible Daten *DS-GVO* **9** 81
 - App *DS-GVO* **2** 29, **13** 5
 - Information der Betroffenen *DS-GVO* **13** 21
 - App COVID-19-Pandemie
 - Leitlinie EDSA *DS-GVO* **70** 12
 - App-Entwicklung
 - Verantwortlichkeit, gemeinsame
DS-GVO **26** 3
 - Arbeitgeber *DS-GVO* **11** 12, **14** 3, **25** 44
 - Auskunft *DS-GVO* **15** 33, 38
 - Arbeitnehmer
 - Drittlandsübermittlung *DS-GVO* **44** 11
 - kirchliche *DS-GVO* **91** 6 f.
 - sensible Daten *BDSG* **22** 8
 - Arbeitnehmerdatenschutz s. Beschäftigtendatenschutz
 - Arbeitnehmerüberlassung *BDSG* **26** 147
 - Arbeitsentgelt *BDSG* **26** 98
 - Arbeitsmedizin *DS-GVO* **9** 79
 - Arbeitsmedizinische Untersuchungen
BDSG **26** 85
 - Arbeitsplatz
 - Videoüberwachung *BDSG* **26** 106 ff.;
DS-GVO **6** **Anh.** **1** 25, 80
 - Arbeitsrecht *DS-GVO* **9** 37
 - Beschäftigtendatenschutz *DS-GVO* **88** 1 ff.
 - Arbeitsvermittlung *BDSG* **26** 71 f.
 - privat *BDSG* **26** 72
 - Arbeitsvertrag
 - anwendbares Recht *DS-GVO* **6** **Abs.** **1** 16
 - Arbeitszeit *BDSG* **26** 95 ff.;
DS-GVO **4** Nr. **1** 74
 - Abwesenheitszeiten *BDSG* **26** 97

- Arbeitszeiterfassung
– biometrische Daten *DS-GVO* **9** 43
- Arbeitszeitkonten *BDSG* **26** 95
- Architektur *DS-GVO* **11** 51
– föderierte *DS-GVO* **87** 43
- Archiv *DS-GVO* **16** 20, **17** 39, **85** 19, **89** 8
– Auskunft *DS-GVO* **15** 35
– Information der Betroffenen *DS-GVO* **14** 2, 23, 26
– sensible Daten *DS-GVO* **9** 95 ff.
– technisch-organisatorische Maßnahmen *DS-GVO* **89** 7
– Verarbeitungsverbot *DS-GVO* **9** 95 ff.
– Widerspruch *BDSG* **36** 6; *DS-GVO* **21** 5
- Archiv-, Forschungs- und Statistikzwecke *DS-GVO* **89** 1
- Archivrecht
– kirchliches *DS-GVO* **91** 6
- Archiv- und Statistikgesetze *DS-GVO* **89** 63
- Archivzwecke *BDSG* **28** 1 ff., **50** 3 ff.;
DS-GVO **4** Nr. 5 17, 5 103 ff., 145, 161,
6 Abs. 2 13, **6** Abs. 4 41, 62, **21** 49, **89** 28 ff.
– Berichtigung *BDSG* **28** 10
– Erforderlichkeit *BDSG* **28** 6
– Gegendarstellung *BDSG* **28** 10
– lebende Personen *BDSG* **28** 4
– öffentliches Interesse *BDSG* **28** 4
– Schutzfristen *BDSG* **28** 3
– spezifische Schutzmaßnahmen *BDSG* **28** 7
– Suchmaschinen *DS-GVO* **89** 29
– Unterlagen *BDSG* **28** 4
– Verarbeitungsgrundlage *BDSG* **28** 3
– Verstorbene *BDSG* **28** 4
– verstorbene Personen *DS-GVO* **89** 32
– Weiterverarbeitung *BDSG* **28** 5
– Zweckbindung *BDSG* **28** 5
- Argentinien *DS-GVO* **45** 30
- Art. 10 *DS-GVO*
– Alternativitätsverhältnis, andere Stellen, Behördenvorbehalt *BDSG* **45** 13
- Art. 263 AEUV *DS-GVO* **93** 10
– Komitologiebeschluss *DS-GVO* **92** 14
- Art. 27 WVK *DS-GVO* **96** 3
- Art. 291 Abs. 1 AEUV *DS-GVO* **93** 1 f.
- Art. 291 AEUV *DS-GVO* **93** 3
- Art.-29-Gruppe *DS-GVO* **Einl.** 146 f.
– als Vorläufer des EDSA *DS-GVO* **Einl.** 147
– Fortgeltung von Verweisen *DS-GVO* **94** 14
– Geltung Beschlüsse *DS-GVO* **99** 5
– Rechtsnachfolger *DS-GVO* **63** 2
– Stellungnahmeverfahren *DS-GVO* **64** 3
- Art. 5 Abs. 1 *DS-GVO*
– Zweckbindung, Speicherbegrenzung, Rechenschaftspflicht *BDSG* **47** 2
- Art. 88 *DS-GVO*
– Unionsrechtswidrigkeit von § 26 *BDSG* *BDSG* **26** 5
- Arzneimittel
– Rechtsgrundlage *DS-GVO* **9** 93
- Arzt *DS-GVO* **6** Abs. 1 76, **14** 3, **20** 18, **23** 35, **90** 6, 12
– Auskunft *DS-GVO* **15** 15
– Berichtigung *DS-GVO* **16** 9
– Berufsgeheimnis *DS-GVO* **23** 36
– Datenkopie *DS-GVO* **15** 33
– Datenschutzbeauftragter *DS-GVO* **37** 29
– Information der Betroffenen *DS-GVO* **14** 29 f.
– Schweigepflicht *DS-GVO* **9** 32, **23** 36
- Ärztbewertungsportal *DS-GVO* **6** Abs. 1 135
- Ärztliche Schweigepflicht s. Arzt, Schweigepflicht
- Ärztliche Untersuchungen *BDSG* **26** 55 ff.
– Beamtenverhältnis *BDSG* **26** 57
– Drogenscreening *BDSG* **26** 56, 85
- Assessment-Center *BDSG* **26** 58, 73
- Asset Deal *DS-GVO* **6** Abs. 1 130, **14** 7
– Information der Betroffenen *DS-GVO* **13** 22
- Assistenzsysteme *DS-GVO* **3** 66, 5 128, 135,
6 Abs. 1 123, **6** Abs. 2 31, **6** Abs. 3 44,
6 Abs. 4 37
- Assistive Technologies *DS-GVO* **25** 75
- Asylbewerber *DS-GVO* **35** 41
- Attribut *DS-GVO* **87** 11, 40
- Attributbasierter Berechtigungsnachweis
DS-GVO **4** Nr. 5 29, **11** 48, **87** 39
- Attributkombination *DS-GVO* **87** 40
- Audiovisuelle Mediendienste
DS-GVO **4** Nr. 25 14, **85** 17
- Audiovisuelle Systeme *DS-GVO* **5** 60
- Audit *DS-GVO* **11** 32
- Audit Council *DS-GVO* **39** 19
- Auditierung *DS-GVO* **32** 101
- Aufbau- und Ablauforganisation
– vorherige Konsultation *DS-GVO* **36** 6 ff.
- Aufbewahrung *DS-GVO* **4** Nr. 5 31, 33, 36 ff., 41, 47, 5 154
– der zusätzlichen Information *DS-GVO* **11** 31
- Aufbewahrungspflicht
– gesetzliche *DS-GVO* **11** 28
- Aufbewahrungsvorschriften *BDSG* **35** 11

- Aufdeckung *DS-GVO* 4 **Nr. 5** 20
– Pseudonym *DS-GVO* 4 **Nr. 5** 34
Aufdrängende Sonderzuweisung *BDSG* 21 16
Auffangfunktion *BDSG* 1 24
Auffangregelung *BDSG* 3 26
Auffangtatbestand *BDSG* 3 5, 13
Auffindbarkeit *DS-GVO* 87 20
Aufgabe, öffentliche *DS-GVO* 6 **Anh. 1** 23
Aufgaben *BDSG* 3 11, 25 23
– Aufsichtsbehörde *DS-GVO* 57 1 ff.
– EDSA *DS-GVO* 70 1 ff.
– einer öffentlichen Stelle *BDSG* 3 14, 17
– im öffentlichen Interesse
DS-GVO 6 **Abs. 1** 73
Aufgaben der Aufsichtsbehörde
– Abstimmung mit anderen Aufsichtsbehörden *DS-GVO* 77 1
– Kontrolle und Überwachung *DS-GVO* 51 1
– Kontrollorgane sui generis *DS-GVO* 51 1
– Untersuchung *DS-GVO* 77 1
– Vollzugsdefizit *DS-GVO* 77 1
Aufgabenerfüllung *BDSG* 23 12, 25 16
Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse
– staatlicher Übertragungsakt *BDSG* 22 34
Aufgabenfestlegung
– Notwendigkeit *BDSG* 47 12
Aufgabenübertragung
– verwaltungsrechtliche Grundsätze, öffentliche Stellen, Kooperation *BDSG* 62 5
Aufgabenverteilung, gesetzliche
– Verantwortlichkeit, gemeinsame
DS-GVO 26 14, 32
Aufgaben Vorsitzender EDSA
– Trilog *DS-GVO* 74 1
Aufgabenwahrnehmung
– Beschwerderecht *BDSG* 14 2
– BfDI *BDSG* 14 2
– Bundesrat *BDSG* 14 2
– JI-Richtlinie *BDSG* 14 2
– politische Beratungsfunktion *BDSG* 14 2
– spezifische Maßnahmen für Kinder
BDSG 14 2
Aufhebung *DS-GVO* 4 **Nr. 5** 59
Aufrüstung
– technische *DS-GVO* 2 32, 49
Aufschieben der Benachrichtigung
BDSG 56 19 f.
Aufsicht
– Garantien, geeignete *DS-GVO* 46 12
– Zuständigkeit *BDSG* 9 2
Aufsicht, behördliche *DS-GVO* 10 16 ff.
– organisatorische Ausgestaltung
DS-GVO 10 18
Aufsicht, Verarbeitung unter *DS-GVO* 29 1 ff.
– Abgrenzung zu Auftragsverarbeitung
DS-GVO 29 5
– Ausnahmen *DS-GVO* 29 18
– Beschäftigte *DS-GVO* 29 10
– Datengeheimnis *DS-GVO* 29 5
– Datenzugang *DS-GVO* 29 11
– Gesetzgebungsverfahren *DS-GVO* 29 2 ff.
– Sanktionen *DS-GVO* 29 21
– Weisungsgebundenheit *DS-GVO* 29 9 ff.
Aufsichtsbefugnisse *DS-GVO* 6 **Abs. 4** 39
Aufsichtsbehörde *BDSG* 29 20 ff.;
DS-GVO **Einl.** 41 f., 89, 5 4, 22, 6 **Abs. 1** 52,
71, 6 **Abs. 2** 14, 12 34, 33 9, 26, 40 6, 29, 56 9,
57 29, 77 1
– Abhilfebefugnisse *DS-GVO* 41 31
– Akkreditierung *DS-GVO* 57 46 ff., 58 63
– Amtsenthebung *BDSG* 12 4; *DS-GVO* 53 8
– Amtshilfe *DS-GVO* 60 9, 61 1
– Amtszeit *DS-GVO* 54 9
– Anweisung *DS-GVO* 58 33, 36
– Aufgaben *DS-GVO* 40 18, 57 1 ff.
– Aufsichtsbehörde *DS-GVO* 53 4, 55 22
– Auskunft *DS-GVO* 15 39
– Aussetzung von Datenübermittlungen
DS-GVO 58 53 f.
– Ausstattung *DS-GVO* 52 14 ff., 63 31, 78 18
– *BDSG* *DS-GVO* **Einl.** 318
– beamtenrechtliche Verpflichtungen
DS-GVO 54 13
– Bedienstete *DS-GVO* 54 11, 13
– Beendigung *BDSG* 12 3
– Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses
DS-GVO 54 15
– Befugnisse *BDSG* 29 22; *DS-GVO* 22 77,
34 17, 46 23, 58 1 ff.
– Befugnisse gegenüber Berufsheimnisträgern
BDSG 29 20 ff.
– Befugnisse nach der Datenschutzkonvention
DS-GVO **Einl.** 105
– Begriff *DS-GVO* 4 **Nr. 21** 1
– Benachrichtigung *DS-GVO* 58 40
– Benachrichtigungspflicht *DS-GVO* 34 17
– Beratung *DS-GVO* 57 41
– Beratung des DSB *DS-GVO* 39 37
– Beratungsbefugnis *DS-GVO* 58 55
– Berichtigung *DS-GVO* 16 21
– berufliche Tätigkeiten *DS-GVO* 54 14

- Berufsfreiheit *DS-GVO* 51 12
- Beschäftigungsverhältnis *DS-GVO* 54 10 f.
- Beschluss, Heilung *DS-GVO* 64 8
- Beschluss, Rechtsschutz *DS-GVO* 64 8
- Beschluss, rechtswidrig *DS-GVO* 64 8
- Beschlussverfahren *DS-GVO* 60 11 ff.
- Beschränkung der Befugnisse
BDSG 29 20 ff.
- Beschränkung der Verarbeitung
DS-GVO 58 41
- Beschwerde *BDSG* 19 6; *DS-GVO* 57 28 ff.,
53, 60 2, 5
- Bestimmtheit *DS-GVO* 58 37
- betroffene *DS-GVO* 4 Nr. 22 1, 56 12
- Binding Corporate Rules *DS-GVO* 47 1, 34
- Binnenmarkt *DS-GVO* 51 14
- Bundeskartellamt *DS-GVO* 51 4
- Bundestag *DS-GVO* 55 22
- Datenschutzbeauftragte *BDSG* 40 21;
DS-GVO 39 35 ff., 57 55
- Datenschutzkonvention
DS-GVO Einl. 104 f., 112
- Datenschutzüberprüfung *DS-GVO* 58 16
- Dienst- und Treueverhältnis *DS-GVO* 54 13
- DSRL *DS-GVO Einl.* 145
- Durchführungsrechtsakte *DS-GVO* 67 8
- Durchsetzung *DS-GVO* 58 77
- EDSA *DS-GVO* 51 23
- EDSB *DS-GVO Einl.* 251
- eGovernment *DS-GVO* 57 53
- Eigentumsfreiheit *DS-GVO* 51 12
- einheitliche Rechtsanwendung
DS-GVO 51 17
- Ende der Tätigkeit *DS-GVO* 53 8
- Entlastung *DS-GVO* 41 2, 10 f.
- Entscheidungspraxis *DS-GVO* 54 9
- Entwicklung *DS-GVO Einl.* 57 ff., 57 35 ff.
- Ermessen *DS-GVO* 57 8, 58 22
- Ermessen, Dringlichkeitsverfahren
DS-GVO 66 19
- Ernennung *BDSG* 12 3; *DS-GVO* 53 3
- Errichtung *BDSG* 8 1 ff.
- EuGH *DS-GVO* 55 19
- federführende Aufsichtsbehörde
DS-GVO 55 1, 56 12
- föderales System *DS-GVO* 40 70
- Föderalismus *DS-GVO* 51 23 ff.
- Forschung *DS-GVO* 57 52
- fristgemäßes Tätigwerden *DS-GVO* 51 20
- Frist zum Tätigwerden *DS-GVO* 78 16
- Garantien, geeignete *DS-GVO* 46 13, 23
- Gebühr *DS-GVO* 57 54 ff., 60 ff.
- gegenseitige Amtshilfe *DS-GVO* 51 19 ff.
- Geldbußen *DS-GVO* 58 51 ff.
- gemeinsame Maßnahmen *DS-GVO* 62 1 ff.
- Genehmigung *DS-GVO* 58 61
- Genehmigungsbefugnis *DS-GVO* 58 55
- Genehmigung verbindlicher interner Vor-
schriften *DS-GVO* 58 68
- Genehmigung von Vertragsklauseln
DS-GVO 57 48, 58 66
- Genehmigung von Zertifizierungskriterien
DS-GVO 42 44
- Gerichte *DS-GVO* 55 19 ff.
- gerichtliche Verfahren *DS-GVO* 54 9
- Grundfreiheiten *DS-GVO* 51 13
- Gutachten *DS-GVO* 57 32
- Hauptniederlassung *DS-GVO* 55 3
- Haushaltsplan *DS-GVO* 52 25
- Hinweis *DS-GVO* 58 18
- Information der Betroffenen *DS-GVO* 13 9
- Informationsaustausch *DS-GVO* 60 6, 63 9
- Informationsaustausch, elektronischer
DS-GVO 67 1 ff.
- Informationsfreiheit *DS-GVO* 54 12
- JI-Richtlinie *BDSG* 14 1 ff.
- Kohärenzverfahren *DS-GVO* 51 6, 19, 23 ff.,
63 6 ff., 20, 25 ff.
- Kommission *DS-GVO* 51 22
- Kompetenzzuweisung *DS-GVO* 55 1
- Konkretisierung der *DS-GVO*
DS-GVO Einl. 288
- Konsensprinzip *DS-GVO* 63 32
- Konsultation *DS-GVO* 58 56
- kontrollfreie Räume *BDSG* 29 23
- Kontrollzuständigkeit *DS-GVO* 55 21
- konzernangehörige Gesellschaften
DS-GVO 37 71
- Konzerndatenschutzbeauftragter
DS-GVO 37 72
- Konzernleitung *DS-GVO* 37 71
- Kooperation *DS-GVO* 51 19 ff., 63 1 ff., 6 ff.,
30 ff.
- Kooperation mit EDSA *DS-GVO* 63 37
- Kooperationspflicht *DS-GVO* 51 20
- Kooperationsprinzip *DS-GVO* 66 1, 22
- Krankheit *DS-GVO* 53 12
- Länderkompetenzen *DS-GVO* 54 4
- Legislaturperiode *DS-GVO* 54 9
- Letztentscheidung *DS-GVO* 64 2
- Letztverantwortung *DS-GVO* 41 1
- LfDI *BDSG* 40 1 ff.
- Marktortprinzip *DS-GVO* 55 14